

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Döbhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin S B 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Cepedrus

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abnahme beiderseits 4 Bogen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckpreis für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 18. September 1930

Krisenluft in Rumänien.

(Von unserem Korrespondenten.)

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Bukarest, im September (Eig. Ber.)

Noch sind die politischen Ferien nicht vorüber, die in Rumänien bis in den Herbst hinein zu dauern pflegen, und schon weht Krisenluft in der inneren Politik. Immer lauter und sicherer wird verkündet, dass die Regierung Maniu's sich ihrem Ende nähert, immer lauter und sicherer aber ertönt auch der Ruf nach der Diktatur.

Was ist in Rumänien vorgefallen? Kaum ist in diesem unglücklichen Lande ein wenig mehr Freiheit geschaffen, kaum ein karger Ansatz demokratischer Zustände angebahnt worden. Kann denn hier jene auch im Westen unbegründete, aber immerhin aus den geschichtlichen Gegebenheiten verständliche Strömung ernstlich Raum gewinnen, die der Demokratie und dem Parlamentarismus als veralteten verknöcherten Institutionen den Totengesang anstimmen möchte? Gewiss nicht. Trotzdem kann leider nicht bezweifelt werden, dass die Idee der parlamentarischen Demokratie in Rumänien lange nicht mehr jene Zugkraft hat, die noch vor wenigen Jahren breiteste Massen des Volkes gegen die liberale Tyrannei zusammenballte. Es kriselt nicht nur in der Politik, sondern auch in der Seele der Massen. Nach dem Sturz der Liberalen, dieser repräsentativen Partei einer nur notdürftig hinter konstitutionellen Formen verhüllten Gewaltherrschaft, hatten die Massen des Volkes - d.h. die Massen der Bauernschaft - alle ihre Hoffnungen auf das neue Regime gesetzt. Als 1920 die Arbeiterbewegung durch die unglücklichen Folgen des Generalstreikes zu Boden geschmettert wurde, war die national-zaranistische Partei als hauptsächliche Vorkämpferin gegen die liberale Oligarchie auf den politischen Schauplatz getreten. Während sich die Arbeiterbewegung nur schwer, in langen Jahren mühseliger Kleinarbeit, von dem vernichtenden Schlage erholen konnte, den ihr der Terror und die Spaltung versetzt, führte die neue bürgerliche Oppositionspartei die Bauernschaft und weite Kreise der städtischen Bevölkerung unter ihre Fahne. Im politischen Bewusstsein der Nation war sie die Partei der Demokratie, an sie knüpften sich die Erwartungen des verelendeten, unterdrückten Landes. Auch die Arbeiterklasse hatte keine andere Wahl, als den Kampf um die Demokratie vereint mit der Partei der bürgerlich-bäuerlichen Opposition zu führen, wenn sie auch immer wieder nachdrücklich vor überspannten Hoffnungen warnte.

Nun ist die nationalzaranistische Partei schon zwei Jahre an der Macht, aber sie hat die auf sie gesetzten Erwartungen schmachlich enttäuscht. Wohl ist in den belangen politischer Freiheit vieles, wenn auch lange nicht alles, besser geworden, aber die grosse Erneuerung auf allen Gebieten staatlichen und gesellschaftlichen Lebens ist ausgeblieben trotz der so schwunghaften Versprechungen aus der Oppositionszeit. Schwäche, Halbheit, Furcht, Unfähigkeit kennzeichnen die gesamte Politik der Regierung Maniu. Dazu kommt die geradezu unerträgliche Wirtschaftskrise, die immer schwerer auf allen Schichten

ten der Gesellschaft lastet. Kurzum, nach zwei Jahren national-zaranistischen Regierens sind Enttäuschung und Unzufriedenheit allgemein.

Was nun? Dies ist die Frage, die auf aller Lippen liegt, niemandem oder doch nur verhältnismässig wenigen fällt es ein, auf die Liberalen zurückzugreifen, deren Schmutz- und Gewaltwirtschaft noch lange unvergessen bleiben wird. Die anderen bürgerlichen Parteien zählen nicht mit, die grosse Hoffnung der letzten Jahre, die nationalzaranistische Partei, hat versagt und die Sozialdemokratie ist noch immer die Partei der Industriearbeiter, also eine kleine Minderheit in diesem Lande, in dem über 70 % der Bevölkerung Bauern sind. Als am 8. Juni Carol zurückkam und den Thron bestieg, loderte für einen Augenblick in den Dörfern eine neue Hoffnung auf, die Hoffnung, dass nun der Retter gekommen sei. Aber Carols Wiederkehr brachte bisher nichts mehr als einen neuen König.....

In die gegenwärtige Situation, die deutlich den Stempel unentwickelter, primitiver politischer Verhältnisse trägt, schleudern nun die Verfechter der Diktatur ihre Ideen. Im heutigen Rumänien ist es gut im Trüben zu fischen. Die Bauern sind überschuldet, der Marktwert ihrer Produkte ist katastrophal gefallen. Handel und Industrie winden sich unter den Wirkungen der Krise. Arbeitslosigkeit macht sich breit, die wirtschaftliche und moralische Depression ist allgemein. Damit ist den Bestrebungen der Diktatur ein günstiger Boden geschaffen. Die Unpopularität der Rechtsparteien und die Ergebnislosigkeit des national-zaranistischen Regierens werden geschickt gegen die Demokratie ausgespielt. Wir brauchen neue Männer, wird verkündet, Männer der starken Hand. Die Diktatur ist die letzte politische Reserve Rumäniens nach dem Versagen der Parteien.

Bedeutet dies, dass die Diktatur in Rumänien vor der Tür steht? Das wohl nicht. Aber es bedeutet, dass die psychologischen Vorbedingungen und die allgemeine Situation diktatorische Bestrebungen zwangsläufig begünstigen. Noch fehlt es an den Männern, die das Zeug zu Diktatoren in sich hätten. Grigore Filipescu, der mit seiner Liga "Tepes Voda" nach einem Mussolini schreit, die paar Abenteurer um Carol, die auf mehr Macht und Ehre hoffen, die paar Generäle, deren patriotischer Ehrgeiz kein Betätigungsfeld findet, - sie alle sind an sich keine Gefahr für die Demokratie. Die Gefahr liegt in der Situation selbst und sie wird immer grösser werden, wenn es der Regierung nicht gelingt, irgendetwas gegen die Wirtschaftskrise, vor allem gegen die Überschuldung der Bauern, für den Absatz der Agrarprodukte und für die Belebung des Kapitalmarktes, zu unternehmen. Es ist mehr als bezeichnend, dass aus liberalen Kreisen die Einigung aller Parteien gegen alle Diktaturgelüste angeregt wurde.

Vorerst freilich scheint nichts zu befürchten zu sein. Noch will der König, auf dessen Konstitutionalismus hier niemand mehr schwört, mit den bestehenden Parteien manövrieren; er hofft - wie man sagt - die Nationalzaranisten spalten zu können, um so eine neue regierungsfähige Partei zu erhalten und durch eine Konzentrationsregierung Spielraum für die Entwicklung einer neuen politischen Konstellation zu schaffen. Wie dem aber auch sei, jedenfalls können gegenwärtig höchstens mehr oder minder wichtige Veränderungen in der Zusammensetzung des Kabinettes erwartet werden, ohne dass Neuwahlen vor dem Frühjahr wahrscheinlich wären. Aber die Gefahr schwebt in der Luft, sie ist nicht zu leugnen. Rumäniens junge Demokratie steht vor einem schweren Wendepunkt. Es geht ums Ganze!

SPD, Bochum, 18. September (Eig. Drahtb)

Der Ruhrbergbau scheint seine Drohung, den ihm vorläufig verweigerten Lohnabbau durch neue Stilllegungen und Entlassungen wettzumachen, wahr zu machen.

In den letzten Tagen häufen sich die Stilllegungsanzeigen. So entlässt die Gutehoffnungshütte in Oberhausen 1250 Mann, und zwar auf der Schachanlage

Vondern, die ganz stillgelegt wird, 550 Mann, auf der Schachtanlage Sterkrade 450 Mann und auf der Schachtanlage Oberhausen 75 Mann. Weiter werden auf Vondern und der Schachtanlage Sterkrade noch 90 bzw. 50 Kokereiarbeiter entlassen. Die Mannesmannröhrenwerke entlassen auf drei Zechen insgesamt 235 Arbeiter. Die Vereinigten Stahlwerke beabsichtigen die Stilllegung der Zeche Germania 1/4, wodurch 1415 Arbeiter und 68 Beamte brotlos werden. Die Germania ist eine Schachtanlage mit den besten Kohlensorten und einem ausserordentlichen Leistungseffekt pro Mann und Schicht, der sich allein seit März dieses Jahres um 150 Kilo gehoben hat.

Eine Erklärung für die Stilllegungen findet man in einem Artikel der "Bergwerks-Zeitung", die in ihrer Donnerstag-Ausgabe schreibt, dass, wenn eine Lohnsenkung nicht eintrete, ein letzter Ausweg in einer Organisationsänderung gesucht werden müsse und zwar derart, dass nunmehr die Produktion auf die relativ besten Betriebe konzentriert und die Förderung in den Grenzbetrieben aufgegeben wird. Das Ergebnis dieser Umstellung würde eine neue Welle von Arbeitslosigkeit im Bergbau und die Gefährdung zahlreicher Gemeinden zur Folge haben. Sie würde die Entlassung von weiteren 55 000 Bergarbeitern bedeuten, sodass mit den schon entlassenen 68 000 die Belegschaftsziffer im Ruhrgebiet auf einen Stand von 270 000 herabsinken würde gegen 426 000 im Jahre 1913.

SPD. Stuttgart, 18. September (Eig. Dr.)

Das Organ des Württembergischen Bauernbundes, der 3 Abgeordnete in die Landvolkfraktion entsendet, lehnt jede Regierungskoalition ab, an der die Sozialdemokratie beteiligt ist. Das Blatt schreibt, dass der Wahlkampf nur dann einen Zweck gehabt hätte, wenn er die Durchführung des Programms einer Gesundung der Wirtschaft und Finanzen ermögliche. Darum müssten jetzt die Nationalsozialisten, deren Zielsetzung antimarxistisch sei, in die neue Regierungsführung einbezogen werden. Bemerkenswert ist auch, dass das Blatt in einem anderen, unmittelbar nach der Wahl veröffentlichten Artikel die Auffassung vertrat dass der aussenpolitische Kurs des Reiches nicht mehr eingehalten werden könne sondern geändert werden müsse.

Bemerkenswert ist auch die Schärfe, mit der das württembergische Zentrumsorgan die Aufforderung des neugewählten deutschnationalen Abg. Wider zurückweist, sich zu einem Zusammenarbeiten mit den Nationalsozialisten bereit zu erklären. Zu einer solchen Forderung könne nur eine "völlige Urteilslosigkeit" kommen. Das Blatt erklärt in aller Form, dass eine Koalition mit den Nationalsozialisten für das Zentrum "ausserhalb aller Diskussion" stehe.

SPD. Das Zentrum wird z.Zt. wieder einmal ausserordentlich stark unter Druck gesetzt. Es sind die Blätter des Herrn Hugenberg, einige Zeitungen der Volkspartei und Fachorgane der Wirtschaftspartei, die ihm tagtäglich plausibel zu machen versuchen, dass es in dem neuen Reichstag nichts anderes geben kann als eine Koalition mit den Nationalsozialisten. Man bombardiert das Zentrum mit dem schwersten Geschütz, ohne bisher zu wissen oder Klarheit darüber zu haben, ob die Nationalsozialisten zu der von allen Reaktionären so ersehnten Koalition überhaupt bereit sind oder nicht. Wenn trotzdem das Bombardement zunächst einseitig geführt wird, so hat das seinen Grund darin, dass man die Widerstände im Zentrum gegen eine Koalition mit Hitler als grösser betrachtet, als jene Widerstände, die aus dem Lager der Nationalsozialisten gegen eine Koalition mit dem Zentrum geltend gemacht werden könnten.

Vorläufig hat der Alarm der rechtsgerichteten bürgerlichen Presse gegen das Zentrum keinen Erfolg aufzuweisen gehabt. Alle Zentrumsführer, soweit sie

in den letzten Tagen öffentlich zu Wort gekommen sind, und alle Zentrumsblätter haben bisher eine Koalitionsgemeinschaft mit den Nationalsozialisten, als den "Scharlatanen" und "Narren", entschieden abgelehnt. Auch Reichskanzler Brüning hat im kleinen Kreise eine Koalition mit Hitler als undiskutabel bezeichnet. Das ist der Stand der Dinge im Augenblick! Wie er in der nächsten Woche sein wird, hängt von der Entscheidung des Vorstandes der Zentrumspartei ab, der am Dienstag in Berlin zusammentritt.

SPD. Madrid, 18. September (Eig. Drahtb.)
In Barcelona und Umgegend ist z. Zt. ein Generalstreik im Gange, der sich seit Donnerstag wesentlich verschärft hat. So sind der Direktor und die Redakteure des Arbeiterblattes "Solidaridad" verhaftet und ins Gefängnis gebracht worden. Auch zahlreiche streikende Arbeiter und Frauen wurden festgenommen. Ausserdem hat die Regierung die Verhaftung der Streikführer befohlen, die bisher jedoch nicht durchgeführt werden konnte. Inzwischen haben sich die Studenten der Stadt Barcelona mit den Arbeitern solidarisch erklärt.

Die Strassen der Stadt bieten infolge des Streiks der städtischen Reinigungsarbeiter ein Bild unbeschreiblichen Schmutzes, da die Einwohner allen Hausunrat einfach auf die Strasse werfen. Der Militärgouverneur hat für Freitag die Garnison alarmiert, um die Müllabfuhr wenigstens provisorisch sicherzustellen. Auch die Strassenbahnen sollen von Soldaten wieder in Gang gesetzt werden.

SPD. In einem Aufruf des Vorsitzenden der Zentrumspartei Dr. Kaas heisst es zum Schluss :

"Das Notprogramm und seine sachliche Ausgestaltung ist von der Regierung in Angriff genommen und muss in gesteigerter Kraft fortgeführt werden. Sache der verfassungsmässig berufenen Stellen ist es, festzustellen, wo für dieses auf weite Sicht eingestellte Reformprogramm aufbaubereite Kräfte sind, die frei von Gebundenheit unsachlicher Agitationsbedürfnisse sich zu entscheiden vermögen für eine Politik sachlicher aufbauender Besonnenheit. Nur eine solche Politik ist imstande, das Wohl und die ruhige Entwicklung von Land und Volk zu gewährleisten. Durchdrungen von unerschütterlichem Glauben an unser Volk und in dem zuversichtlichen Willen, das begonnene Werk gegen alle Kräfte der Verneinung weiter zuführen, gehen wir kommenden Entscheidungen entgegen."

SPD. Paris, 18. September (Eig. Drahtb.)
Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik hat die Regierung Tardieu am Donnerstag das Budget für 1931/32 endgültig genehmigt. Mit Triumph stellt ein amtliches Kommuniqué fest, dass das Budget nicht nur keinen Heller zusätzlicher Steuern erfordere sondern sogar gegenüber dem laufenden Budget eine Ersparnis von rund 300 Millionen bringe. Die Gesamtausgaben betragen 50,1 Milliarden Franken gegen 50,4 Milliarden im laufenden Budget. Davon entfielen 20,4 Milliarden auf den Schuldendienst, 17,5 Milliarden auf die allgemeine Verwaltung und 12,2 Milliarden Franken auf die Landesverteidigung. Es sei also gelungen, und zwar zum erstenmal seit der Stabilisierung des Franken, erklärt das amtliche Kommuniqué mit Stolz, die Ausgaben herabzusetzen, ohne dass irgendwelche Gefahr nachträglicher Anforderungen oder nachträglicher Gefährdung des Gleichgewichtes bestehe.

In Wirklichkeit liegen die Dinge nicht ganz so glänzend, als es das grosssprecherische Kommuniqué glauben machen will. Das Gleichgewicht des Budgets

ist hämlich nur mit Hilfe einer Reihe verzweifelter Taschenspieler-Kunststücke erzielt worden. Zunächst gibt das Kommuniqué selbst zu, dass neben dem schon geordneten ordentlichen Budget insgeheim wieder ein ausserordentliches Budget geschaffen worden ist. Die Landesverteidigung verfügt neben den 12,2 Milliarden im ordentlichen Budget noch 1. über die Kredite, die nach Schluss der Parlamentssession aufgrund des Gesetzes vom 10. August 1922 eröffnet worden sind und 2. über die Sonderkredite für die Befestigung der Landesgrenzen. Das sind über die ordentlichen Budgetausgaben hinaus Mehrausgaben von mindestens drei bis vier Milliarden, die den Reserven des Tresors entnommen oder aber aus neuen Anleihen gedeckt werden müssen. - Ein anderer Schönheitsfehler des Budgets ist der, dass Tardieu mit der Schulden-Tilgungs-Politik Poincarés entschieden Schluss gemacht hat. Der autonomen Amortisationskasse werden im neuen Budgetjahr nicht nur keine Sonderzuweisungen aus den ordentlichen Einnahmen mehr zuteil, sondern es ist ihr darüber hinaus auch der gesamte Tilgungsdienst für die Staatsanleihen übertragen worden. Die Kasse verfügt also nur noch über die Einnahmen aus dem Tabak-Monopol und einigen Sondersteuern, sowie die deutschen Reparationszahlungen. Mit der Übernahme des gesamten Amortisationsdienstes aber wird ihr eine Mehrbelastung von 1,8 Milliarden Franken zuteil.

Mit ihren neuen Budgetmethoden scheint sich die Regierung eines wohlwollenden Empfangs vor dem Parlament keineswegs sicher zu sein. Denn in dem amtlichen Kommuniqué heisst es drohend, dass die Regierung keine Änderung an ihre Voranschlägen zulassen und jedesmal die Vertrauensfrage dagegen stellen werde.

SPD. Das Dortmunder Zentrumsblatt, die rechtsstehende "Tremonia" schreibt "Mit den Nationalsozialisten werden wir uns bestimmt niemals an einen Tisch setzen, und zwar gerade darum, weil wir vom Christentum und vom Deutschtum eine gesunde, stichhaltige Auffassung zu haben glauben.... Wir werden uns nicht mit den Nazis verständigen, auch dann nicht, wenn darüber unsere geschäftlichen Beziehungen zur Wirtschaftspartei leiden oder gar in die Brüche gehen könnten."

SPD. Stuttgart, 18. September (Eig. Dr.)
Auf dem Flugplatz von Böblingen bei Stuttgart ereignete sich am Donnerstag nachmittag ein schweres Flugzeugunglück. Der Flugzeug-Akrobat Schindler wollte ein neues Luftkunststück vorführen, nämlich von einem Flugzeug in ein anderes übersteigen. Kurz nach 15,30 Uhr fand der Aufstieg der beiden Flugzeuge statt. Das eine Flugzeug, eine Klemm-Maschine, besass eine eiserne Leiter, die nach dem anderen Flugzeug, einem Flamingo, heruntergelassen werden sollte. Nachdem die beiden Flugzeuge dreimal vergebens versucht hatten, in einer für den Umstieg günstigen Weise aneinanderzukommen, schien es beim vierten Mal zu gelingen. Schindler hatte die eiserne Leiter bereits ergriffen, als plötzlich die beiden Maschinen sich ineinander verfangen und abstürzten. Die drei Insassen der Flugzeuge, die Flieger Spengler, Engwer und Hagenmaier, sowie Schindler wurden getötet. Die Flugzeuge wurden vollständig zertrümmert. Schindler stürzte auf das Dach eines Hauses, das durchschlagen wurde.

SPD. Weimar, 18. September (Eig. Drahtb.)
Die Kommunistische Partei hat im thüringischen Landtag einen Antrag auf Auflösung des Parlaments eingebracht. In der Begründung hierzu heisst es, dass die jetzige Zusammensetzung des Landtages, nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen zu urteilen, nicht mehr der politischen Konstellation entspricht und die gegenwärtige Regierung keine Mehrheit mehr hinter sich habe.

SPD. München, 18. September (Eig. Drahtb.)

Hitlers letzte Münchener "Verfassungsrede" scheint in seinen eigenen Kreisen auf heftigen Widerstand gestossen zu sein, sodass es dem "Sieger" notwendig erscheint, ihr ein Kommentar nachzuschicken. So schreibt er am Freitag im "Völkischen Beobachter" im Zusammenhang mit dem Gerücht einer kommenden Fraktionsgemeinschaft der Nazi mit Hugenberg, dass jetzt wieder die Zeit gekommen sei, die notwendige Distanz den Deutschnationalen gegenüber herzustellen. Wörtlich heisst es dann: "Wir Nationalsozialisten sind eine sozialrevolutionäre, die Deutschnationalen dagegen aber eine sozialreaktionäre Partei und dieser Unterschied bleibt unverrückbar bestehen. Deshalb ist eine Fraktionsgemeinschaft absolut indiskutabel."

SPD. Genf, 18. September (Eig. Drahtb.)

In der Rechtskommission des Völkerbundes kam es am Donnerstag zu heftigen Auftritten, als über die Inkraftsetzung des Revisions-Statuts des Internationalen Gerichtshofes verhandelt wurde.

Cuba hat als einziger Staat das Inkrafttreten durch seinen Einspruch verhindert, nachdem fast sämtliche Mitgliedsstaaten ratifiziert oder keine Einwendungen erhoben hatten. Politis-Griechenland warfen Cubanern vor, dass ein einzelner Staat nicht das Recht habe, eine fast einstimmig gewünschte Rechtsordnung zu durchkreuzen, worauf der Cubaner auffuhr und mit Selbstbestimmungsrecht und Moral auftrumpfen wollte. Der Grieche liess demgegenüber durchblickern, dass Cuba gar nicht so moralisch sei. Sofort kam der Cubaner mit der Erklärung, dass man sich doch noch auf die Revision verständigen könne.

Die Anspielung von Politis ist insofern berechtigt, als der ehemalige cubanische Richter Bustamente das Selbstbestimmungsrecht seines Staates einstand, um im Falle seiner Wiederwahl seine im Revisions-Statut verbotene Rechtsanwaltschaftstätigkeit in Havanna nicht aufgeben zu müssen. Inzwischen hat sich die Vollversammlung mit dem Kompromiss geholfen, bereits diesmal 15 Richter nach dem alten Statut auf neun Jahre zu wählen.

SPD. Zürich, 18. September (Eig. Drahtb.)

Die Besorgnis erregende Arbeitslosigkeit in der schweizerischen Uhrenindustrie hat zu Verhandlungen des eidgenössischen Volkswirtschafts-Departements mit Vertretern der beteiligten Kantone Bern, Solothurn, Neuenburg und Genf, Delegierten der Arbeitslosenkassen und Vertretern der Uhrenindustrie Veranlassung gegeben. Die Beratungen betrafen insbesondere eine Verlängerung der Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung.

SPD. Halle, 18. September (Eig. Drahtb.)

Vor dem Einzelrichter des Gerichts Halle wurde am Donnerstag eine Privatklage des zweiten Bundesführers des Stahlhelms Oberstleutnant a.D. Duesterberg gegen den Geschäftsführer des Jungdeutschen Ordens Bornemann und den verantwortlichen Redakteur des "Jungdeutschen", Hauptschriftleiter Pastenaci wegen Beleidigung verhandelt. Dem Prozess kommt besondere Bedeutung zu, weil durch ihn festgestellt werden soll, ob der Stahlhelm seinerzeit mit Franzosen in Verbindung getreten ist oder nicht.

Als der Jungdeutsche Orden vor mehreren Jahren aus der sogenannten vaterländischen Front ausgebrochen war und sich zur Verständigungspolitik mit den Franzosen bekannte, stellte er in der Abwehr gegen den Stahlhelm die Behauptung auf, dass auch der Stahlhelm seinerzeit mit den Franzosen in Verbindung getreten sei. Der Stahlhelm machte dem Jungdo daraus einen schweren Vorwurf und

behauptete, es sei würdelos mit den Franzosen zu verhandeln, solange noch französisches Militär auf deutschem Boden stünde. In einer Führertagung des Stahlhelms bezeichnete Oberstleutnant a.D. Duesterberg jene Veröffentlichung des Jungdo als unwahr und erklärte unter Bezug auf sein Ehrenwort, der Stahlhelm habe niemals mit den Franzosen verhandelt. Dieses Ehrenwort wiederum bezeichnete der Geschäftsführer des Jungdeutschen als unwahr. Ferner wurde behauptet, General von der Lippe, der ehemalige Vorsitzende des Ostmarkenvereins und der bekannte Industrielle Rechberg und Freiherr von Lamezan seien Anfang 1929 mit dem Bundesführer des Stahlhelms Duesterberg in einer von General v.d.Lippe erbetenen Unterredung mit französischen Offizieren zusammengelassen. Im Frühjahr 1929 seien die beiden Bundesführer Seldte und Duesterberg in der Wohnung eines Stahlhelmkameraden von Rechberg und Freiherrn von Lamezan begrüßt worden. Der Privatkläger Duesterberg gibt diese Tatsache zu, behauptet aber, dass die Bundesführer lediglich aus Höflichkeit die beiden ihnen bisher unbekanntenen Herren angehört hätten.

Duesterberg lehnte einen vom Vorsitzenden angebotenen Vergleich mit dem Bemerkten ab, dass er sich mit einer Erklärung nicht zufrieden geben könne. Am späten Nachmittag wurde die Beweisaufnahme geschlossen und in eine Pause getreten. Das Urteil wird in später Nachtstunde erwartet.

SPD. London, 18. September (Eig. Drahtb.)

Die "Times" veröffentlicht am Donnerstag die von Dr. Wirth gehaltene Rundfunkrede, in der der Reichsminister u.a. eine Revision der aufgrund des Versailler Vertrages geschlossenen internationalen Abmachungen für notwendig erklärte, damit Deutschlands Lasten erleichtert würden.

Hierzu bemerkt die "Times", es sei die irreführende, von Hugenberg und den Nationalsozialisten verbreitete Idee, alle deutschen Krankheiten seien auf die Reparationslasten zurückzuführen. Die Haager Konferenz habe gezeigt, dass die öffentliche Meinung in den Gläubigerstaaten es immer noch für richtig halte, wenn Deutschland innerhalb der Grenzen seiner Leistungsfähigkeit fortfahre, seine Kriegsschulden zu bezahlen. Es sei zwar für den Fall und die Zeit eine Klausel eingefügt, dass wirtschaftliche Notwendigkeiten eine Revision diktieren sollten. Es sei aber noch zu beweisen, dass Deutschland trotz der Reparationsleistungen stärker unter der Weltwirtschaftskrise zu leiden habe als andere Länder. Kompetente internationale Beobachter seien weit entfernt, dies anzunehmen. Deutschland würde sogar besser dastehen, wenn es mit seinen Finanzen besser umgegangen wäre. Bei der Revolte der Jugend, von der Dr. Wirth gesprochen habe, hätte gewiss auch die romantische Idee von dem alles Übel verursachenden Friedensvertrag eine Rolle gespielt. Aber die bei den Wahlen zum Ausdruck gekommene Revolte habe sich ebenso sehr gegen die innerpolitische finanzielle Misswirtschaft in Deutschland und deren Urheber gerichtet.

SPD. Genf, 18. September (Eig. Drahtb.)

Die Abrüstungskommission des Völkerbundes hat am Donnerstag die entscheidenden Anfangsbestimmungen der Konvention über die Unterstützung des Angegriffenen im Kriegsfall angenommen. Danach erhält ein Staat, der trotz aller Verständigungsbemühungen des Rates bei eigenem Friedenswillen angegriffen wird, finanzielle Unterstützung in Form von Anleihen mit internationaler Garantie, für die die Garanten jeweils bis zur Höchstsumme von 100 Millionen Goldfranken haften.

Die Debatte ging hauptsächlich um Abänderungsvorschläge, deren Sinn es war, die in die Hand des Rates gelegte Macht zur Gewährung der Finanzhilfe so genau als möglich festzulegen. Deutschlands Vertreter Göppert schloss

sich einem holländischen Vorschlag an, in dem gesagt ist, dass der Rat zur Hilfe erst greifen darf, wenn er glaubt, dass der Frieden auf andere Weise nicht gerettet werden könne. Diesem Vorschlag pflichteten auch die meisten anderen Staaten bei, sodass schliesslich Einstimmigkeit nicht nur für diese Bestimmung, sondern für den grössten Teil des Vertragsentwurfes überhaupt erreicht wurde.

SPD. Bombay, 18. September (Eig. Drahtb.)

In Bombay sollten am Donnerstag Kommunal-Ersatzwahlen stattfinden. Der allindische Kongress hatte Boykottbefehl ergehen lassen, der von den indischen Frauen ausgeführt wurde. Unübersehbare Massen von Frauen besetzten vom frühen Morgen an die zum Wahllokal führenden Strassen. Boykottposten standen bis zum Eingang des Wahlzimmers. So oft auch die Polizei den Weg freimachte und die Posten verhaftete, es traten immer wieder neue Kongress-Freiwillige an ihre Stelle. Für die ihrer Pflicht nachkommenden Wähler war der Gang zu den Urnen ein wahres Spiessrutenlaufen. Automobilen wurde der Weg versperrt, indem sich Frauen vor die Wagenräder legten. Gegen Mittag kam es zu schweren Kämpfen zwischen den Massen und der Polizei, die mit Bambusstöcken gegen die Demonstranten vorging. Es wurden über 100 Personen verwundet und nahezu 400 Verhaftungen vorgenommen.

SPD. Genf, 18. September (Eig. Drahtb.)

Das Schauspiel des litauisch-polnischen Streites wiederholte sich diesmal nicht mehr vor dem Völkerbundsrat, da beide Parteien in der Donnerstag-Sitzung sich ohne weitere Ausführungen einverstanden erklärten, die vom Rat vorgeschlagenen direkten Verhandlungen über Grenzstreitigkeiten und Verkehrsfragen bald beizulegen und dem Rat darüber im Januar Bericht zu erstatten.

Einstimmig wurde dann dem gemeinsamen Wunsch Deutschlands und Polens entsprochen, den zurückgetretenen Präsidenten der gemischten oberschlesischen Schiedskommission, Calonder, zur Fortsetzung seiner Tätigkeit bis zum Ablauf des deutsch-polnischen Vertrages aufzufordern. Kanada, Cuba und Finnland, die drei aus dem Rat ausscheidenden Mächte, wurden aufgefordert, an der Abrüstungskommission weiter mitzuarbeiten. Für die Begrenzung der Fabrikation von Rauschgiften wird in London so bald als möglich eine Konferenz der Herstellungsländer von Rauschgiften stattfinden.

SPD. Schanghai, 18. September (Eig. Dr.)

Die Nanking-Regierung meldet den bevorstehenden militärischen Zusammenbruch ihrer Gegner, der Nord-Koalition. General Yen, Gouverneur von Schansi und Präsident der neu gegründeten Peking-Regierung, sei von seinem Posten zurückgetreten und beabsichtige ins Ausland zu gehen. Die Nanking-Regierung sammelt in der Mandschurei neue Truppen, um, wie sie behauptet, Tientsin und Peking zu besetzen, sobald der Zusammenbruch der Nord-Koalition vollständig wäre. Tschiangkaischek sandte einen Funkspruch, der den Abzug des christlichen Generals Feng aus der Gegend von Honan und das bevorstehende Ende der Kämpfe meldet.

Sollten sich diese Siegesnachrichten bewahrheiten, so wäre der diesjährige Feldzug der chinesischen Oppositionsparteien und ihrer Armeen gegen Nanking gescheitert. Dass aber damit die Kämpfe in China aufhören werden ist ein allzu optimistischer Traum. Vielleicht wird mit der Einnahme von Tientsin und Peking, wenn Nanking die Kraft dazu aufbringen sollte, der Feldzug für dieses Jahr ein Ende haben. Der Krieg wird aber neu aufleben und dafür sorgt schon

die benachbarte Macht und die von ihr ausgehaltenen Generäle. Solange die chinesische Revolution nicht beendet ist, werden auch die Kämpfe andauern. Ein Ende der Revolution und des gegenwärtigen chinesischen Chaos ist aber nur denkbar, wenn den Millionen hungernden und verhungerten Bauernmassen der Weg zur Emanzipation durch die Enteignung des Grossgrundbesitzes nicht freigemacht wird.

SPD. Die nationalsozialistische Fraktion des Berliner Stadtparlaments verliess am Donnerstag geschlossen den Sitzungssaal, als die Mehrheit des Parlaments es ablehnte, einen nationalsozialistischen Antrag als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Die Kommunisten zeigten sich selbstverständlich wieder als Bundesgenossen der Nazis.

SPD. Zürich, 18. September (Eig. Drahtb.)

Das Zentralkomitee der schweizerischen kommunistischen Partei hat beschlossen, in Schaffhausen eine neue Zeitung zu gründen und das bisherige Parteiblatt, die Schaffhauser "Arbeiter-Zeitung", nicht länger als Parteiorgan anzuerkennen. Die Schaffhauser "Arbeiter-Zeitung", die lokal von grosser Bedeutung ist, wird von dem kommunistischen Nationalrat Bringolf geleitet, der sich zurzeit in Moskau befindet, um sich wegen seiner rechtsoppositionellen Haltung zu rechtfertigen. Es ist anzunehmen, dass der Beschluss des Zentralkomitees sowie die in der letzten Zeit vorgenommenen Ausschlüsse zur Spaltung der Partei in Schaffhausen führen werden. Die kommunistische Partei Schaffhausens war bisher ausserordentlich stark.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

An die Partei !

Parteigenossinnen und Genossen !

SPD. Ein Wahlkampf liegt hinter uns, wie ihn die Sozialdemokratische Partei Deutschlands während der ganzen Zeit ihres sturbewegten Bestehens noch niemals zu führen hatte. Wochen hindurch stand sie einem konzentrischen Angriff ihrer Gegner aus dem bürgerlichen und dem kommunistischen Lager gegenüber, einem Lügen- und Verleumdungsfeldzug, der die Kampfmethoden des Reichslügenverbandes aus der Vorkriegszeit weit in den Schatten stellte.

"Kampf gegen den Marxismus"

lautete der Schlachtruf der Rechtsparteien, allen voran der der Nationalsozialistischen Deutschen "Arbeiterpartei" mit ihren neudeutschen "Arbeiter"führern aus den davongejagten Dynastien, der kaiserlichen Generalität und dem scharfmacherischen Unternehmertum. "Nieder mit den Sozialfaschisten und Sozialverrättern!" hallte es aus dem kommunistischen Hoerlager.

Schwächung der Sozialdemokratie war das Kampfziel

des Bürgertums bei der Wahl am 14. September. Um es zu erreichen, förderten Grossagrarien und Grosskapitalisten den Nationalsozialismus und Kommunismus, die sich aufgeregt als die radikalsten Gegner des Kapitalismus aufspielen, die in Wirklichkeit aber seine besten Werkzeuge sind.

Trotzdem und alledem: Stolz und ungebrochen ging die Sozialdemokratische Partei, die Führerin der schaffenden Volksmassen Deutschlands, aus dem Wahlkampf hervor.

Mit 143 Mandaten ist sie auch im neuen Reichstage die weitaus stärkste Partei. Mehr noch als im letzten Reichstag werden sich die Gegner der Sozialdemokratie zu der Erkenntnis bequemen müssen, dass in Deutschland auf die Dauer nicht ohne und gegen die Sozialdemokratie regiert werden kann.

Einheit und Geschlossenheit, Vertrauen in ihre Partei und Vertrauen auf sich selbst, kühle Überlegung und feste Entschlossenheit fordert die durch den Wahlausgang geschaffene Situation von der deutschen Arbeiterklasse und allen ehrlichen und aufrechten Republikanern.

Mit dem Wahltag ist der Kampf um die umstrittenen Fragen nicht abgeschlossen. Ungleich schwerer als im letzten Reichstag wird sich die Arbeit der Sozialdemokratischen Partei im neuen Reichstag erweisen.

Nationalsozialisten und Kommunisten

verdanken die wesentliche Vermehrung ihrer Sitze der skrupellosen demagogische Ausnutzung einer aus der Not erwachsenen Verzweiflungsstimmung. Beide Parteien sind gegen die Demokratie und für die Diktatur, gegen die Weimarer Verfassung und für die brutale Gewalt. Ihr Programm heisst Katastrophenpolitik im Innern und nach aussen. Beide können sich jedoch über gemeinsame Ziele nicht einig; sie denken nur daran, sich zu bekriegen.

Ihnen das Feld überlassen, hiesse Deutschland dem Bürgerkrieg ausliefern.

Schon jetzt droht als Folge des Wahlausganges Steigerung der Wirtschaftskrise, Vermehrung der Arbeitslosigkeit, neues Massenelend.

Überwindung der Wirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit

Wird und muss die vordringliche Sorge unserer Partei im neuen Reichstage sein.

Hinweg mit dem Spiel der Diktatur,

zurück zur verfassungsmässigen Gesetzgebung. Das ist die zwingende Forderung, die sich aus der Situation des 14. September ergibt. Niemals wird die sozialistisch geschulte, in vielen Jahrzehnten erprobte Arbeiterklasse Deutschlands und ihre Führerin, die Sozialdemokratische Partei, sich die Diktatur einer gewalttätigen Clique gefallen lassen. Denn so wie Hugenberg's Diktatur die einst stärkste bürgerliche Partei, die Deutschnationale Volkspartei zertrümmerte, so würde jeder Diktaturversuch im Staate

ganz Deutschland in einen Trümmerhaufen verwandeln.

In einer Zeit ungeheurer Verelendung der breiten Volksmassen wird die stärkste Partei des Reichstages, die Sozialdemokratie, auch im neuen Reichstag für die demokratischen Rechte und die sozialpolitischen Errungenschaften des schaffenden Volkes mit aller Entschiedenheit eintreten. Die Sozialdemokratische Partei wird diese Aufgabe umso besser erfüllen können, je mehr sie auf das Vertrauen und die tätige Mitarbeit der arbeitenden Volksmassen rechnen kann.

Selbst in dieser Situation, wo die faschistische Gefahr vor den Toren steht, lassen die Kommunisten keine Spur politischer Vernunft erkennen. Ihre Parolen, ihre Taktik, ihre Versuche, Teile der Arbeiterbewegung in sinnlose Einzelaktionen zu treiben, können nur die faschistische Reaktion fördern und die Widerstandskraft der Arbeiter beeinträchtigen.

Notwendiger denn je ist demgegenüber die Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten unter Führung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften.

Parteigenossinnen und Genossen! Dass Eure Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, allen Stürmen zum Trotz sich behauptet hat, das verdankt sie Eurer Opferwilligkeit für Eure politischen Ideale. Ihr habt Übermenschliches in der Werbe- und Aufklärungsarbeit geleistet und Euch gegenüber dem Feldzuge der Lüge und Verleumdung in Eurer Überzeugungstreue auf das glänzendste bewährt.

Die Partei dankt es Euch. Bleibt fest! Wir stehen, das lehrt uns der letzte Wahlkampf, unerschütterlich auch in der schwersten Situation. Darum vorwärts! Unser die Welt trotzallem!

Berlin, den 18. September 1930.

Der Parteivorstand.

Aus aller Welt

Der Sowjet-Hauptmann von Köpenick.

Kein Heldenleben - oder Heinz Neumann, der Star der KPD.

SPD. Vor dem Schöffengericht Berlin-Köpenick stand am Donnerstag vormittag Herr Heinz Neumann, der heimlich-unheimliche Diktator von Stalins Gnaden mit zwei anderen, allerdings weniger bekannten Kommunisten unter der Anklage, zu Gewalttätigkeiten aufgereizt zu haben. Dieser Prozess, in dem man gleich zwei neugebackene Reichstagsabgeordnete der KPD agieren sah -, denn auch der unentwegte Verteidiger, Rechtsanwalt Löwenthal, ist mit Hilfe seines Freundes Neumann über die Reichsliste in den Wallot-Bau eingezogen - endete, um es gleich vorweg zu nehmen, mit einem Freispruch für sämtliche drei Angeklagte, nachdem der Staatsanwalt gegen Neumann wegen schweren Landfriedensbruchs neun und gegen die beiden anderen Angeklagten sechs Monate Gefängnis beantragt hatte.

Neumann kam, nachdem er in zwei verspäteten Wahlsprachen melodramatisch alle Register des Märtyrers gezogen hatte, dieser Freispruch fast ungelegen, denn schliesslich ist er ja immun und ein Urteil hätte, selbst wenn es nicht, wie hier, in erster Instanz gefällt worden wäre, für ihn nur theoretische Bedeutung gehabt. Aber weit wichtiger als dieser im Grunde ja ziemlich belanglose Prozess, in dem Herr Neumann dem routinierten Emissär der dritten Internationale, der Vorwurf gemacht wurde, mit dem kernig-bolschewistischen Kampfruf: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!" das Signal zu einer schweren Versammlungsprügelei zwischen Nazis und Kozis gegeben zu haben, war das Drum und Dran der ganzen Affäre.

Chinas böser Dämon.

Als in dem kleinen, nicht gerade sehr repräsentativ aussehenden Schöffengerichtssaal des Amtsgerichts Köpenick die Sache Neumann und Genossen aufgerufen wird, sieht man auf der Bank der Sünder einen etwas auffallend in die Länge geschossenen jüngeren Menschen sitzen, der mit nachlässiger Eleganz und kokett zur Schau getragener Ueberlegenheit an seinen Fingernägeln kaut. Er hat merkwürdig grosse, dunkelbraune Augen, einen unwahrscheinlich grossen Mund, dessen Format allerdings mit den praktischen Übungen seines Inhabers durchaus harmoniert: es ist Herr Heinz Neumann, der eigentliche Führer der KPD, der im Hause der Moskauer Zaren als Lieblingskind des grossen Stalin hoch in Ansehen steht und nun in Deutschland, von wegen des an klassenkämpferischen Feiertagen gern herausgestellten "Transportarbeitertums" die Puppe Teddy Thälmann mit gewohnter Jongleurmeisterschaft dirigiert. Heinz Neumann ist trotz seiner 28 Jahre ein Mann mit sehr bewegter Vergangenheit und steht in dem zweifelhaften Ruf, einige hunderttausend chinesischer Kulis auf seinem sanften Gewissen zu haben. Vor mehreren Jahren, Herr Neumann war gerade volljährig geworden, trieb er sich im Auftrage Moskaus im rebellierenden China herum, kaufte weisse, "rote" und gelbe Banditengenerale, liess die ihm von den Sowjetrussen grosszügig übergebenen Rubel hierhin und dorthin springen, zettelte sinnlose Putsche an, die von den weissen Mordhauptlingen mit Geschützen und Maschinen- gewehren im Blute der Proleten erstickt wurden und war alles in allem der böse Dämon der erwachenden sozialen Bewegung Chinas. Nachdem Neumann derart ganze Arbeit geleistet hatte, wurde er nach Deutschland zurückbeordert, wo immerhin noch neues Prozellan zu zerschlagen war. Dieser Mann, der so gut proletarisch donnern kann, stammt aus einer sehr gistinguierten bürgerlichen Familie, deren überaus orthodoxe religiöse Einstellung allgemein bekannt ist. Heinz Neumann ist einer jener innerlich unwahrhaftigen entwurzelten Literaten, die ihre Min-

derwertigkeitskomplexe abreagieren, indem sie die Proletarier mimen, die andere darstellen.

Sieht so ein Held aus -?

Davon abgesehen muss man sagen, dass Herr Neumann sich vor Gericht gar nicht so heldisch benimmt, wie er sonst zu reden pflegt. Er will den schönen Spruch "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!" in einem ganz anderen Sinne gemeint haben, als die Anklage annimmt. Ihm kam es, so führt er aus, darauf an, die Leute zu beschwichtigen und ihnen sozusagen die tiefere geistige Bedeutung der sehr handgreiflichen Aufforderung von den schlagenden Faschisten klar zu machen. Nur die geschlossene Front des Proletariats gegen den Faschismus habe er gemeint und nicht den individuellen Terror. Immer wenn Herr Neumann versucht, Propaganda zu machen, fährt ihm der Vorsitzende in die Parade und Moskaus Emissär, sonst bekanntlich sehr ungebärdig und jederzeit bereit, alle Sozis an die Galgen Sowjetdeutschlands zu hängen, ist dann stets brav und folgsam wie ein gut erzogenes Kind. Eine recht peinliche Entgleisung leistet sich der Kommunistenchef, als ein nationalsozialistischer Zeuge erklärt, dass Neumanns Anhänger den Versammlungsteilnehmern beim Gesang der Internationale die Hüte vom Kopf geschlagen hätten. "Wer sagt Ihnen", so erwidert Heinz Neumann mit ironischem Lächeln, "dass das Kommunisten gewesen sind? Vielleicht waren es sozialdemokratische Arbeiter!" Man braucht diesen Ablenkungsversuch nicht zu kommentieren, er spricht für sich selbst.

Herr Löwenthal verplappert sich...

Als Rechtsanwalt Löwenthal, ein kleiner, sehr verbindlich gestikulierender Mann mit einem Kneifer, recht heiser und indisponiert zu plädieren beginnt, ereignen sich einige Betriebsunfälle, die dem versammelten Redaktionsstab der Roten Fahne und auch Herrn Neumann selbst stark auf die Nerven fallen. Herrn Löwenthal entschlüpft das nette Geständnis, dass die Zentrale der KPD ihren "Schlachtruf von den Faschisten, die man schlagen sollte, wo man sie trifft, aus politisch-taktischen Gründen etwas "korrigiert" habe. Da es Herrn Neumann nicht möglich sei, in einer öffentlichen Versammlung "quasi eine Kritik an der Parole seiner Partei zu üben -" habe er den Schlachtruf noch in der dummerweise unkorrigierten Form ausstossen müssen. Auf diese Bemerkung reagiert Herr Neumann mit einem so entschiedenen Kopfschütteln, dass alles im Saal aufmerksam zu werden beginnt. Nur Herr Löwenthal merkt nichts und redet munter darauf los. Mit einer ans Komische grenzenden Vorliebe für schiefe Vergleiche tut er alles, um die Position der Angeklagten zu verschlechtern und endet schliesslich mit einem schönen Kraftsatz, wonach es "ein Skandal" gewesen sei, dass die Polizei nach der stürmischen Köpenicker Versammlung zwei Jungkommunisten festgenommen habe.

Momentaufnahme von der anderen Fakultät.

Um das schöne Bild der feindlich-freundlichen Brüder vom Sowjetkreuz und Hakenstern voll zu machen, sei auch noch mit einigen Worten des Köpenicker Naziführers, eines gewissen Mattern gedacht, der wirklich aussieht, wie sich die Karrikatur derlei Heldenkrieger vorzustellen pflegt. Blutunterlaufene Augen, abrupte, hysterische Bewegungen und ein aus allen Fugen geratenes Mundwerk, ganz Schlachtgebräus mit Wogenprall. Sie wollen alle kleine Hitler sein, aber es langt vorläufig nur bis zum Panoptikum. Es war ein schöner, genussreicher Vormittag im stillen Köpenick. Und wirklich nicht uninteressant! -

K.B.

+ + +

Autokatastrophe in Niederösterreich. In der Nähe von Pöchlarn wurde ein mit drei Personen besetzter Kraftwagen vom Expresszug Wien-Paris erfasst und zertrümmert. Zwei Insassen wurden getötet, der Chauffeur ist lebensgefährlich verletzt worden. Ursache der Katastrophe: die Bahnschranke war nicht ganz geschlossen.

+ + +

"Was wird aus Deutschland?"

Es geht bald wieder aufwärts, sagt Madame Terfren, die berühmte indische Hellseherin - Sie prophezeit baldiges Ende der Arbeitslosigkeit - Sieht sie die Zukunft richtig?

SPD. Berlin W. hat eine neue Sensation: soeben ist Madame Leila Terfren, eine bekannte indische Hellseherin, angekommen; ein namhafter bürgerlicher Politiker soll die, beunruhigt durch die augenblickliche Politische Lage, telegraphisch aus Paris hierherberufen haben.

In den ersten Tagen der kommenden Woche wird Madame Terfren in einer geheimen Konferenz ihre hellseherischen Fähigkeiten mehreren Politikern zur Verfügung stellen und ihnen vorhersagen. Das Thema "Was wird aus Deutschland?" ist zweifelsohne das wichtigste des Tages, und da dem Namen der Madame Terfren ein in der ganzen Welt bekannter Ruf vorausgeht, weil sie Männern wie Briand, Massaryk, Pilsudski, König, Carol von Rumänien, Doumergue etc. bis in alle Einzelheiten hinein das Schicksal ihrer Position oder ihrer Länder vorausgesagt hat, so darf man mit Spannung dem Ergebnis dieser geheimen Konferenz entgegensehen. Madame Terfren hat nachweislich die französische Inflation vorausgesagt, sie hat Carol von Rumänien gesagt, dass er in nicht allzulanger Zeit auf dem Wege durch die Luft nach Bukarest zurückkehren werde, sie hat Mussolini als armen Landstreicher in der Schweiz getroffen und ihm prophezeit, dass er eines Tages die Geschicke seines Landes leiten werde, sie hat sich über den Ozeanflug des Franzosen Coste geäußert, hat ihm gesagt, dass er das Wagnis bezwingen werde etc.etc.

Die Vision in Singapore.

In einer trüben Nachmittagsstunde, in der der Regen unaufhörlich draussen herniederrieselte und das Gesicht der Strasse grau in grau durch die Fensterscheiben blickte, empfing Madame Terfren den Berichterstatter. Die Inderin ist eine grosse, stattliche Frau. Has Haar ist verdeckt durch einen weissen, seidenen Turban. Auf ihrer Brust glitzert am blauen Bande das Gross-Kreuz der Ehrenlegion. Sie sitzt an einem kleinen, schmalen Tischchen. Ihr Blick gleitet ruhig durch den Raum. Auf die Frage, wie es kam, dass man ihre hellseherischen Fähigkeiten entdeckte erzählt sie:

"Ich war etwa vier Jahre alt. Meine Eltern wohnten damals in der Nähe von Singapore. Es war eines Nachts als ich eine Vision hatte, in der ich einen nahen Verwandten sah, wie er sich in seinem Bette aufrichtete und den Namen meines Vaters rief. Es war mir wie ein Hilferuf. Ich wurde wach, lief zu meinen schlafenden Eltern und erzählte ihnen, was ich empfunden hatte. Mein Vater entschloss sich, zu jenem Verwandten zu reiten. Als er ankam und das Haus betrat, da sah er, wie ihm jener die Arme entgegenstreckte, seinen Namen "Amel" rief und Sekunden später verschied. Tage später teilte mein Vater dies einem alten yoghi-Priester mit, der meine Eltern bestimmte, ihm meine Erziehung zu überlassen. Ich siedelte in eine sogenannte Pagode, ein Brahmanenkloster, über. Dort wurde ich in der grossen Kunst gefördert, die mir die Natur mitgegeben hatte und die mich die Schicksale der Menschen und Völker ahnen und sehen lässt. Mit 17 Jahren trat ich zum ersten Male an die Oeffentlichkeit.

Auch der Exkaiser war Kunde.

Im Jahre 1911 hatte ich dank der Bemühungen meines Lehrmeisters Gelegenheit, dem Ex-Kaiser Wilhelm II. gegenüberzustehen. Es war in Berlin in einem Palais in der Nähe des Lustgartens. Ein Prinz führte mich bei dem Ex-Kaiser ein und ich prophezeite ihm, dass er nicht allzulange mehr in seiner Position bleiben werde. Der Ex-Kaiser hatte damals fürchterlich gelacht. Ich erinnerte mich dieses Lachens noch bei den Worten: "Keines der Kinder Eurer Majestät wird jemals noch die deutsche Kaiserkrone tragen, Majestät selbst werden gestürzt werden". Die Jahre vergingen. Und an einem Tage des Jahres 1916 liess mich der Ex-Kaiser wissen, dass er grosse Angst vor einer Umwälzung in Deutsch-

land habe. Und ein paar Jahre später stand ich ihm in Doorn gegenüber. Ich empfing damals den Eindruck, dass der Ex-Kaiser von einer Art religiösem Wahnsinn befallen sei."

"Und was haben Sie in Frankreich geweissagt, Madame?"

"Ich habe vor der Inflation dem Präsidenten Doumergue gesagt, was mit den französischen Franken werden würde und wie man ihn stabilisieren könnte. Die französische Regierung tat, was ich empfahl. Bald darauf lernte ich auch Briand kennen."

"Und was ahnen Sie für Sowjet-Russland?"

"Es teilt sich mir das Gefühl mit, dass Russland ohne Zar kein Russland ist. Und ich weiss, dass in Russland in nicht allzulanger Zeit eine furchtbare Revolution ausbricht, die den Bolschewismus vollständig vernichten wird. Es wird der Tag kommen, an dem Russland wieder einen Zaren hat, der aber keinesfalls jemals wieder die frühere Position eines Herrschers aller Reussen im üblichen Sinne innehaben wird, sondern mehr als Präsident gelten wird."

Das deutsche Schicksal.

"Sehr interessant, Madame! Ich möchte nun gern wissen, wie Sie die gegenwärtige politische Lage in Deutschland sehen..."

"Die inneren Wirren, die die Entwicklung Deutschlands zur Zeit lähmen, werden sich innerhalb von zwei Jahren geben. Bis dahin wird Deutschland allerdings soweit und so gut stabilisiert sein, dass es der Zukunft getrost entgegen sehen kann. Nach dem, was ich empfinde und sehe, wird Deutschland innerhalb dieser zwei Jahre einen Diktator bekommen, der dem Reich zu einer grossen Machtstellung verhelfen wird. Es werden zwei grosse Erfindungen in Deutschland gemacht werden, deren Objekte sich nicht durch Maschinen produzieren lassen und es wird so kommen, dass nicht genügend Arbeiter vorhanden sein werden, um die Arbeitsmenge zu schaffen. Für die Deutschen gilt jetzt als oberstes Gebot, zusammenzuhalten und kurze Zeit noch auszuharren. Dieser gegenwärtigen Not wird ein Aufstieg folgen, den niemand erwartet."

+

Anfang der kommenden Woche werden also deutsche Politiker Madame Terfren in Trance sehen und sie sprechen hören. Man darf auf das Ergebnis dieser geheimen Konferenz gespannt sein.

+ + +

Die Versteigerung des Orska-Nachlasses. In Wien wurde der Nachlass Maria Orska versteigert. Der Gesamterlös beläuft sich auf über 50 000 Schilling. Für das aus dem Besitz der Kaiserin Marie Antoinette stammende Bett wurden 3400 Schilling gezahlt, ausserdem 1350 Schilling für eine dazugehörige Spitzendecke. Ein wilder Kampf, an dem sich vor allen Dingen Amerikanerinnen beteiligten, entspann sich um die Garderobe der verstorbenen Künstlerin.

+ + +

Mit 100 000 Mark geflüchtet. Der Pilot Antonius Raab, der frühere Mitinhaber der vor einiger Zeit zusammengebrochenen Raab-Katzenstein-Werke in Kassel, ist unter Hinterlassung von über 100 000 Mark Schulden nach Amerika geflüchtet und bereits dort angekommen. Raab hatte nach dem Zusammenbruch seiner Kasseler Werke in Krefeld eine "Rheinische Luftfahrt-Industrie G.m.b.H." ins Leben gerufen, ohne aber in der Lage zu sein, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Raab versuchte, das Unternehmen durch die Veranstaltung von Volksflugtagen gewinnbringend zu machen, hatte aber damit kein Glück. Zu den Geschädigten gehört u.a. auch die Stadt Krefeld.

+ + +

Gewürfelt und trotzdem reingefallen. Zwei junge Pariser Gelegenheitsarbeiter überfielen eine Schauspielerin in der Absicht, sie zu berauben. Trotzdem die beiden jungen Männer aus abergläubischer Vorsicht das Schicksal vorher durch Würfeln befragt hatten, ob ihre Tat glücke oder nicht - die Frage wurde bejahend beantwortet -, hatten sie grosses Pech: das Opfer setzte sich energisch zur Wehr, sodass die beiden Abergläubigen ergriffen und verhaftet werden

Ausgehobene Spielklubs. In Berlin W wurden zwei geheime Spielklubs ausgehoben, in denen Ecarté und Chouette zu hohen Einsätzen gespielt wurden. In den Klubs, in denen je 30 und 40 Personen angetroffen wurden, die zum Teil unter dem Verdacht des Falschspiels stehen, wurde eine regelrechte Kreditwirtschaft betrieben. Klubmitglieder, die ihr Bargeld verspielt hatten, konnten sich durch Beleihung von Wert- und Schmucksachen Kapital zum Weiterspielen beschaffen.

120 000 Mark veruntreut. In Hemmerden (Kreis Grevenbroich) wurde auf Anordnung der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München-Gladbach der frühere Gemeindevorsteher Theodor Knauff festgenommen, der beschuldigt wird, Wechsel gefälscht und 120 000 Mark veruntreut zu haben, die er im Auftrag westdeutscher Bierbrauereien einzukassieren hatte. Die Verfehlungen waren bereits im vergangenen Jahr entdeckt, aber nicht zur Anzeige gebracht worden, weil man Knauff die Möglichkeit geben wollte, den Schaden zu reparieren. Stattdessen hat der nunmehr Festgenommene seine Unterschlagungen fortgesetzt.

Pulverfabrik explodiert. In Ivrett (USA.) flogen die Fabrikanlagen der Alaska-Pulve gesellschaft zufolge einer Explosion von 5000 Kilogramm Dynamit in die Luft. Die Zahl der Verletzten steht noch nicht fest. In der Umgegend der vollkommen zerstörten Fabrik wurden grosse Verwüstungen angerichtet.

Ivancie verhaftet. Der vor einigen Tagen in Düsseldorf verhaftete und wieder entsprungene internationale Hotelhochstapler Ivancie aus Jugoslawien ist am Donnerstag in Düsseldorf abermals entdeckt und festgenommen worden.

Neues Riesenwasserflugzeug. In Southampton wird demnächst mit dem Bau eines Riesenwasserflugzeuges begonnen werden, das Kajüten für 40 und Betten für 20 Fahrgäste erhalten soll. Die Flügelweite ist mit 50 Meter vorgesehen, die Rumpflänge mit 30 Meter, die Höhe mit sechs Meter und das Ladegewicht mit über 34 Tonnen. Sollten die Probeflüge des sechsmotorigen Eindeckers zur Zufriedenheit ausfallen, so wird die Maschine in den Orient- oder Transozeandienst gestellt werden.

Schlagwetter - sechs Tote. Sechs Bergleute fanden bei einer Schlagwetterkatastrophe im 1200 Meter tiefen Schacht der Viktoria-Kohlengesellschaft in River Hebert (Neuschottland) den Tod.

Der Kampf gegen den Rauschgiftschmuggel. Im Interesse einer intensiveren Bekämpfung des internationalen Verbrechertums, insbesondere der Rauschgift-händler, wurde bei der Londoner Polizei eine neue Funkstation mit besonders grossem Aktionsradius errichtet. Die neue Station dürfte das Zusammenarbeiten zwischen den Polizeipräsidien der verschiedenen europäischen Staaten wesentlich beschleunigen.

Seltsamer Todesspass. In einem westgalizischen Dorfe wurde in eine von der Arbeit heimkehrende Gruppe junger Leute eine Handgfanate geschleudert. Das Geschoss explodierte, zwei Personen wurden getötet, 14 zum Teil sehr schwer verletzt. Der Täter ist bis jetzt nicht ermittelt worden.

Moissi als Schriftsteller. Der bekannte Schauspieler Alexander Moissi will sich in Zukunft nur noch der Schriftstellerei widmen. In der Bühnenbearbeitung des Dostojewskischen "Idiot", der in Berlin demnächst zur Aufführung gelangt, will Moissi noch die Titelrolle spielen, dann aber von der Bühne abtreten.



Londoner Kongress der I.T.F.

37 Länder mit 98 Organisationen.

SPD. Am Montag beginnt in London der 7. Kongress der Internationalen Transportarbeiterföderation (I.T.F.). Wie aus dem anlässlich dieser Tagung herausgegebenen Geschäftsbericht für die Jahre 1928/29 hervorgeht, hat die Transportarbeiterinternationale in den letzten beiden Jahren trotz der internationalen Wirtschaftskrise einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen. Das trifft sowohl auf die Gewinnung von neuen Mitgliedern als auch auf Erweiterung ihres Einflussgebietes zu.

Am 1. Januar 1928 waren der I.T.F. in 33 Ländern 77 Organisationen mit 2 024 697 Mitgliedern angeschlossen, am 1. Januar 1930 dagegen in 35 Ländern 93 Organisationen mit 2 275 336 Mitgliedern. Der Aufstieg hat auch in dem ausserhalb der Berichtszeit fallenden Jahr 1930 angehalten; zur Zeit sind in der I.T.F. 37 Länder mit 98 Organisationen vereinigt. Der Gewinn von mehr als 250 000 Mitgliedern ist nicht allein auf Neueintritte von Organisationen zurückzuführen - durch Neueintritte erhöhte sich der Bestand nur um rund 142 000 Mitglieder -, sondern auf Mitgliederzuwachs bei den bereits angeschlossenen Organisationen.

Besonders erfreulich ist das weitere Eindringen der I.T.F. in aussereuropäische Länder. Anfang 1928 gehörten zur I.T.F. 10 aussereuropäische Verbände; heute sind es bereits 22. Vertreten sind in ihr Argentinien, Brasilien, Kanada, Australien, Indien, Palästina, China, Cuba, Japan, Trinidad und El Salvador. In Europa umfasst die I.T.F. alle Staaten mit Ausnahme von Sowjetrussland und Livland. Mit den antifaschistischen Eisen- und Strassenbahnern Italiens ist die Verbindung wieder hergestellt worden, während die Verbindung mit den Hafenarbeitern der Vereinigten Staaten gestört ist. Die Organisation der Hafenarbeiter in den Vereinigten Staaten hat nach der Neuwahl ihres Vorstandes ohne Angabe von Gründen den Austritt aus der I.T.F. erklärt und alle Anfragen unbeantwortet gelassen.

Von den angeschlossenen Ländern sind zahlenmässig Deutschland mit 617 000 Mitgliedern und Grossbritannien mit 565 000 Mitgliedern am stärksten. Unter den Berufsgruppen nimmt die der Eisenbahner mit 1 272 300 Mitgliedern den ersten Platz ein; ihr folgt die Gruppe der Transportarbeiter mit 804 586 Mitgliedern und als letzte kommt die der Seeleute mit 198 450 Mitgliedern. Im Bericht wird die Erwartung ausgesprochen, dass in der nächsten Zeit auch die englische Seeleuteorganisation, die der I.T.F. leider noch nicht beigetreten ist, ihren Anschluss vollziehen wird.

Der Geschäftsbericht enthält weiter interessante Abschnitte über die Arbeiten der I.T.F. zur Verbesserung der internationalen Arbeitsschutzbestimmungen, der Bekämpfung der Kriegsgefahr und der Gewährung internationaler Hilfe bei grossen Kämpfen, besonders der Seeleute und Hafenarbeiter. Der Londoner Kongress der I.T.F. kann jedenfalls mit Genugtuung auf die Tätigkeit zurückblicken die von seinen Exekutiv- und Verwaltungsorganen in den letzten beiden Jahren entfaltet worden ist.

SPD. Auf der Konferenz der dem Gesamtverband angehörenden Reichs- und Staatsarbeiter in München sprachen am zweiten Verhandlungstag Münther, Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes, über das Thema "Staat und Arbeiterschaft" und Römer über Betriebsrätefragen. Nach einer regen Diskussion wurden verschiedene Anträge angenommen. Ein Antrag der Berliner Delegierten verlangt, dass die bisher noch immer getrennten Unterabteilungen Post und Telegraphie und Reichs- und Staatsarbeiter zu einer Abteilung innerhalb des Gesamtverbandes zusammengefasst werden. Der Antrag wurde dem Verbandsvorstand als Material überwiesen.

Einstimmig angenommen wurde das neue, von der Verbandsleitung ausgearbeitete Arbeitsprogramm für die künftigen Reichskonferenzen. Danach sollen Reichskonferenzen je nach Bedarf, mindestens aber alle 3 Jahre abgehalten werden. Die Entscheidung darüber trifft der Vorstand des Gesamtverbandes. Die Verbandsleitung der Reichsabteilung wurde nach geringfügigen Änderungen neu bestätigt.

SPD. Es gibt in der Berliner Metallindustrie kaum ein Unternehmen, dessen Finanzen so in Ordnung sind und dessen Beschäftigungsgrad so befriedigend ist wie die Firma Orenstein & Koppel. Umso bemerkenswerter ist deshalb der seit Monaten systematisch durchgeführte brutale Abbau von dienstältesten Angestellten. Seit Mai dürften mehr als 60, vorwiegend technische Angestellte zur Entlassung gekommen sein, die in der Mehrzahl 20 bis 30 Jahre in Diensten der Firma standen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass diese, im vorgerückten Lebensalter stehenden Angestellten hoffnungslos dem Schicksal der Arbeitslosigkeit für den Rest ihres Lebens preisgegeben sind. In dem Kündigungsschreiben heisst es gefühlvoll, dass diese Entlassungen durch "organisatorische Massnahmen" bedingt seien. Auftragsmangel oder finanzielle Notlage wagt die Firma selbst nicht ins Feld zu führen. Das dürfte auch angesichts der Gewinn- und Umsatzziffern des vergangenen Jahres nicht ganz einfach sein.

Einer der deutschen Hauptauftraggeber dieses Unternehmens ist die deutsche Reichsbahn, die im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms, das in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit eine sehr grosse Rolle spielt, für das notleidende Unternehmen tut, was sie kann. Wäre hier für den Reichsarbeitsminister Stegerwald nicht einmal eine passende Gelegenheit, das soziale Verhalten der Firma Orenstein & Koppel nachzuprüfen und eine entsprechende Anweisung an das zuständige Beschaffungsressort zu geben? Die Gesamtheit der Steuerzahler hat jedenfalls einiges dagegen einzuwenden, dass so gut fundierte Unternehmungen den Arbeitsmarkt mit nicht mehr unterzubringenden Angestellten belasten, die mit absoluter Sicherheit für den Rest ihres Lebens Wohlfahrtsunterstützungsempfänger bleiben und der Gesamtheit zur Last fallen.

SPD. Infolge des starken Verkehrsrückganges während der Wirtschaftskrise hat sich bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG), die die städtischen Verkehrseinrichtungen der Stadt Berlin zusammenfasst, die Notwendigkeit ergeben, den Betrieb einzuschränken. Die Verwaltung der BVG wollte aber von einer Entlassung absehen und schlug der Belegschaft vor, bis auf weiteres monatlich zwei Feierschichten einzulegen. In einer Urabstimmung wurde dieser Vorschlag abgelehnt.

Vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg war darauf der Berliner Verkehrs A.G. die Genehmigung erteilt worden, 1400 Arbeiter zu entlassen, 250 davon noch innerhalb der Sperrfrist, die die Stilllegungsverordnung vorsieht. Die Direktion der Berliner Verkehrs A.G. hat aber von dieser Genehmigung zunächst keinen Gebrauch gemacht, sondern den Gesamtverband nochmals um Verhandlungen ersucht, um nicht neue Arbeitslose zu schaffen.

Es ist nunmehr ein Zusatzabkommen zum Tarifvertrag des Verkehrspersonals vereinbart worden, wonach die Direktion befugt ist, aus betrieblichen Gründen die normale Arbeitszeit von 26 Tagen mit insgesamt 208 Arbeitsstunden im Monat auf 25 Tage mit 200 Arbeitsstunden herabzusetzen. Es wurde weiter vereinbart, dass von Oktober ab für das Verkehrspersonal eine Feierschicht eingelegt wird, die Arbeitsstreckung beim technischen Personal jedoch mit den einzelnen Betriebsvertretungen geregelt werden soll.

Wie der Gesamtverband dazu mitteilt, ist durch diese Vereinbarung, die lediglich einen gewerkschaftlichen Grundsatz in die Tat umsetzt, erreicht worden, dass die Entlassung von 1400 Verkehrsarbeitern um mehr als die Hälfte verringert worden ist.

SPD. Am Donnerstag hatte sich das Berliner Arbeitsgericht mit dem Antrag der Verwaltung des Bergmannkonzerns zu beschäftigen, zwei Betriebsratsvorsitzende ihres Amtes zu entheben. Die Firma führte dafür ins Feld, dass die beiden Vorsitzenden die Anwesenheit betriebsfremder Elemente - es handelt sich um Vertreter der sogenannten Revolutionären Gewerkschaftsopposition - in einer Betriebsversammlung geduldet hätten; auch habe sich die in Frage kommende Versammlung nicht mit den Betriebsangelegenheiten, sondern mit rein politischen Fragen beschäftigt.

Bei Beginn der Verhandlung liess der Vorsitzende den Funktionär der Revolutionären Gewerkschaftsopposition nicht als Vertreter zu, weil es sich bei der genannten Opposition um keine wirtschaftliche Vereinigung im Sinne des Arbeitsgerichtsgesetzes handele. Die beiden Betriebsräte selbst bestritten, sich in irgendeiner Weise schuldig gemacht zu haben. Die Zeugen besagten das Gegenteil. Dabei kam zutage, dass es sich um eine wilde Lohnbewegung handelte. Es sei auch ein Kampfausschuss gebildet worden, in den Betriebsfremde gewählt worden seien. Im übrigen habe man in der in Frage kommenden Versammlung Delegierte für einen Kongress in Moskau gewählt. Dabei ist interessant, dass eine delegierte Arbeiterin es nicht wagte, für die Reise nach Moskau Urlaub zu nehmen, sondern eine schwere Erkrankung vorschützte.

Nach längerer Verhandlung wurde der Klage der Bergmann-Elektrizitätswerke stattgegeben. Das Gericht sah in dem Verhalten der beiden kommunistischen Betriebsratsmitglieder einen schweren Verstoss gegen ihre Pflichten als Vertreter der Arbeiterschaft.

SPD. München, den 18. September (Eig. Draht)
In München begann am Donnerstag der III. Kongress des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Unter den Gästen sah man auch den Reichstagspräsidenten Löbe. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hatte ein Begrüssungstelegramm geschickt.

Der Morgen der Tagung wurde durch Begrüssungsreden ausgefüllt, die Grösse der französischen Bruderorganisation überbrachte Laurent, der als vornehmste Aufgabe der Beamteninternationale die Bestrebung bezeichnete, Missverständnisse zwischen den Völkern zu beseitigen und Kriege zu verhindern. Der Redner beabsichtigt, für das kommende Jahr grössere Reisen von französischen Beamten nach Deutschland zu organisieren, damit die französischen Kollegen an Ort und Stelle die sozialen und kulturellen Verhältnisse studieren könnten.

Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende des Bundes Falkenberg. Er führte u. a. folgendes aus: Die Organisationslage des ADB hat sich erfreulicherweise im Laufe der Berichtszeit in mancherlei Beziehung gebessert. Das ergibt sich nicht nur aus einem wenn auch langsam, so doch stetig steigenden Mitgliederzuwachs, sondern auch aus einer nicht unerheblichen Konzentration der Kräfte

und einem gut fortschreitenden Auf- und Ausbau der Landes-, Provinz- und Ortsausschüsse. Der ADB ist von den Krisen, die im gewerkschaftlichen Lager die Anwendung aller Kräfte und taktischen Massnahmen zur Verhinderung des Zerfalls erforderlich machten, verschont geblieben trotz der schweren Wirtschaftskrisen, deren Auswirkung auf die soziale und rechtliche Stellung der Beamtenschaft stark fühlbar sind. Trotz des Vordringens der Reaktion auf politischem und besonders auf verwaltungstechnischem Gebiet, hat sich die freie Beamtenbewegung nicht nur gehalten, sondern sie hat ihre Machtposition weiter verstärken können. Nach dem Stand vom 31. Dezember 1929 gehörten dem ADB 24 Verbände mit über 177 000 Mitgliedern an.

Falkenberg verbreitete sich sodann über das Verhältnis des ADB zum Deutschen Beamtenbund und erklärte, dass von einer Verschmelzung der beiden Bünde natürlich keine Rede sein könne. Es komme höchstens eine gewisse Zusammenarbeit in Betracht. Dazu sei aber notwendig, dass sich der Deutsche Beamtenbund gewerkschaftlich völlig umstelle. Heftig polemisierte der Redner gegen das Berechtigungsunwesen. Es sei ein Unfug, Leute aus dem Arbeiter- und Angestelltenstand als nicht fähig zu erklären, Beamtendienst zu tun. Die hinter der Regierung Brüning stehenden Parteien hätten kein Interesse an einem freien Beamtenstand. Die organisierte Arbeiterschaft müsse den Beamten Vorbild sein. Der Beamte müsse sich klar sein, dass er nur Arbeitnehmer ist, dass er auch nichts anderes zu verkaufen hat als seine Arbeitskraft.

In diesem Zusammenhang verteidigte Falkenberg mit allem Nachdruck die Haltung des Bundes gelegentlich der Reichstagswahlen. Er bestritt auf das entschiedenste, dass der Aufruf des ADB zugunsten der Sozialdemokratie eine Verletzung der politischen Neutralität darstelle. Für die Beamten habe es in diesem Falle keine andere Möglichkeit gegeben, ihr Ziel zu erreichen als auf dem politischen Wege, sie müssten aus ihrer Reserve herausgehen. Der Redner schloss mit einem begeisterten Bekenntnis zur freigewerkschaftlichen Idee.

Kotzur vom Bundesvorstand erstattete hiernach den Kassenbericht. Die finanzielle Lage des Bundes habe sich in ganz erfreulicher Weise aufwärts entwickelt. Der Bund habe in der Berichtszeit eine Einnahme von 1,122 Millionen und eine Gesamtausgabe von 1,09 Millionen gehabt, somit einen Ueberschuss von 32000 Mark. Das Vermögen des Bundes sei nun auf 138 000 Mark angewachsen. Dabei sei zu berücksichtigen, dass die Beitragsleistung nicht den Zweck habe, ein grösseres Vermögen anzusammeln. Es handle sich hauptsächlich nur um Reserven für etwaige besondere Notfälle und Beteiligung an den gewerkschaftlichen Unternehmungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Die Frage der parteilpolitischen Neutralität spielte in der einsetzenden sehr lebhaften Diskussion eine grosse Rolle. Ein sächsischer Delegierter sprach von Satzungsverletzung, ein Thüringer beklagte sich bitter darüber, dass der Minister Dr. Frick den Aufruf in der ADB-Zeitung zu gunsten der Sozialdemokratie zum willkommenen Anlass genommen habe, um den ADB als politischen Verein zu erklären. Chefredakteur Händler von der Bundeszeitung verteidigte mit aller Schärfe die Haltung der Bundesleitung. Auch er betonte, dass es in diesem Augenblick für die freigewerkschaftliche Beamtenschaft gar nicht anders möglich war, als sich für die Sozialdemokratie einzusetzen. "Wir mussten"-so erklärte er-"durch unser politisches Eingreifen dafür sorgen, dass der beamtenfeindliche Brüning=block gestürzt werde. Darüber hinaus war es unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass das parlamentarische System erhalten bleibt. Dem war aber nicht gedient durch die Unterstützung einer der extremen Flügelparteien. Somit war die Haltung zur Sozialdemokratie am 14. September zwangsläufig vorgeschrieben. Eine Verletzung der durch die Satzung festgelegten parteipolitischen Neutralität sei also keineswegs eingetreten. Auf die Mitglieder sei in parteipolitischer Hinsicht nicht der geringste Gewissenszwang ausgeübt worden."

Wirtschaft Technik Handel

Internationale Lederschau in Berlin.

Die Welt verbraucht pro Jahr 860 Millionen Paar Schuhe.

SPD. In Berlin wurde am Donnerstag eine Internationale Lederschau eröffnet, die mit einer Schuhmesse verbunden ist. Allein im Rahmen der Schuhausstellung haben 300 Schuhwarenfabriken des In- und Auslandes auf einer Fläche von 17 000 qm ihre Ware ausgestellt.

Man muss sich die Bedeutung des Leders einmal für unsere Industrie, insbesondere für die Schuhwarenindustrie klar machen. In der Welt dürften jährlich etwa 860 Millionen Paar Schuhe verbraucht werden. Der Schuh ist gewissermaßen das Charakteristikum der Lebenshaltung der breiten Massen. Das reiche Amerika verbraucht jährlich pro Kopf 2,6 Paar, der Engländer verschleisst 1,8 Paar, der Deutsche muss mit 1,3 Paar auskommen. Und doch entfallen 25% des gesamten Weltverkehrs in Leder auf Deutschland. Die deutsche Lederproduktion erzeugte im Jahre 1929 Werte im Betrage von etwa 800 Millionen Mark. Was eine Steigerung des Schuhverbrauchs in Deutschland für die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung bedeutet, braucht wohl nicht gesagt zu werden. Die Kapazität unserer Schuhindustrie ist gegenwärtig mit etwa 60 bis 70% ausgenutzt. Eine Steigerung des Schuhverbrauchs selbst in nicht nennenswertem Umfange könnte zu einer Vollbeschäftigung der deutschen Schuhindustrie führen. Das will besagen, dass jene 30% der deutschen Schuharbeiter, die gegenwärtig nach der Statistik der Gewerkschaften arbeitslos sind, wieder in den Produktionsprozess eingereiht werden könnten. Welche Einflüsse überhaupt auf die Struktur der Industrie wirken, geht daraus hervor, dass man z.B. die Steigerung der Produktion in der deutschen Hausschuhindustrie - 1929 wurden 57 Millionen Paar Hausschuhe produziert, wovon rund 9,5 Millionen ins Ausland exportiert wurden - auf die Einbürgerung des Radios zurückführt. Der Rundfunk scheint den Menschen stärker an das eigene Heim zu fesseln. Wenn er aber zu Hause ist, trägt der Normalbürger augenscheinlich lieber Hausschuhe.

In einer imposant wirkenden Darbietung zeigen 500 deutsche und ausländische Firmen das Wesen der Leder- und Lederwarenindustrie. Neben Naturleder sieht man gefärbte Leder und die für die Weiterverarbeitung äusserst wichtigen Imitationen. Man bekommt von dem spekulativen Charakter der Lederindustrie, die auf weite Termine produzieren und stärkste Preisschwankungen in Kauf nehmen muss, eine Ahnung. Einer der spekulativsten Faktoren sowohl für die Lederindustrie als für die Schuhwarenindustrie ist die Mode, die sich so ziemlich das ganze Tierreich vom Büffel bis zur Eidechse, vom Strauss bis zum Haifisch untertan gemacht hat, um den Menschen zu schmücken und zu kleiden. Der ungeheure Einfluss des Sports auf die Industrie wird veranschaulicht und wir denken daran, dass ein Wechsel im Geschmack nach dem Krieg, die Vorliebe für leichteres Schuhwerk, der deutschen Schuhindustrie, die sich nicht früh genug auf den veränderten Geschmack umgestellt hatte, beinahe ihre Vormachtstellung gekostet hätte. Das Vordringen des tschechischen Bataschuhs beruht darauf, dass Bata auf Grund einer vorzüglichen Technisierung weitgehend auf den veränderten Geschmack und die veränderte Mode eingegangen ist.

Ein besonderes Kapitel sind die Schuhmaschinen. Deutschland ist ausser Amerika das einzige Land der Welt, in dem der Bau von Schuhmaschinen so gepflegt

und durch immer neue Erfindungen gefördert wird, dass man heute komplette Schuhfabriken mit Maschinen nur deutschen Fabrikats nach den modernsten Gesichtspunkten einzurichten in der Lage ist. Diese Industrie ist dank der Präzision ihrer Maschinen zu dem wirtschaftlichen Machtfaktor geworden, dem die Leder erzeugende und verarbeitende Industrie ihren Aufschwung zu danken hat. Auf der ganzen Welt, wo Schuhe fabrikmässig hergestellt werden, findet man deutsche Maschinen.

Für diejenigen, die das Gruseln lernen wollen, gibt es eine Abteilung des Grauens mit gegerbter Menschenhaut (Brustteile einer Chinesin), einem mumifizierten Häuptlingskopf der Maori auf Neuseeland mit kunstvoller Hauttätowierung, Kriegstrophäen der Jivaros-Indianer vom Amazonasstrom, deren Spezialität es ist, abgeschlagene Menschenköpfe nach Entfernen aller Knochen zu mumifizieren. Bei diesen auf Faustgrösse gebrachten Präparaten sind auch die Gesichtszüge erhalten. Weiter sieht man, dass tibetanische Priester Schädeltrommeln mit Menschenhaut bezogen verwenden; auch finden sich hier Flöten aus Menschenknochen.

+ + +

Im Rahmen der Internationalen Lederschau tagt der Internationale Verein der Leder-Industrie-Chemiker. Die Tagesordnung sieht ungefähr 30 Vorträge vor, u.a. berichtete der Franzose Thunau über eine Maschine, die es gestattet, Sohlleder künstlich in trockenem und feuchtem Zustand so abzunutzen, wie das etwa der normale Mensch tun würde. Es handelt sich um keine Spielerei, sondern um eine hochwichtige Untersuchung, deren Ergebnisse bald ermöglichen werden, Leder nach bestimmten Gütebedingungen anzubieten. Man hofft also mit dieser Maschine zu Lederstandards zu kommen.

SPD. Nach dem von der Deutschen Reichspost soeben veröffentlichten Geschäftsbericht für das Rechnungsjahr 1929 (1. April 1929 bis 1. März 1930) ist der Gesamtverkehr der Reichspost von der Wirtschaftskrise verhältnismässig wenig berührt worden. Der Paket- und Telegrammverkehr hat seine schon in den Vorjahren beobachtete Abschwächung, allerdings in geringerem Masse, fortgesetzt. Auch im Briefverkehr ist nur eine unwesentliche Verringerung um 1,4% festzustellen. In allen übrigen Abteilungen sind die Verkehrszahlen höher als im Vorjahr. Bei den Wertbriefen ist eine Zunahme um 9%, im Telefonverkehr um 7%, bei den Funktelegrammen um 6% und bei Postaufträgen sogar um 12% festzustellen.

Der Kraftpostverkehr hat sich im Berichtsjahr sowohl in den Beförderungsleistungen wie auch im Ausbau des Liniennetzes kräftig entwickelt. Der Kraftwagenpark umfasste Ende des Berichtsjahres 10 920 Fahrzeuge, die den Güter- und Personenverkehr auf 2 266 Linien mit einer Streckenlänge von 43 815 km durchführten. Das Luftpostnetz, das im Sommer 1929 rund 100 Linien umfasste, musste im Winter auf 17 Linien beschränkt werden; jedoch wurden im Frühjahr bereits wieder weitere 17 Linien aufgenommen.

Der Postscheckverkehr hat sich gleichfalls günstig entwickelt. Bei rund 975 000 Postscheckkonten wurde ein Buchungsstand von 736,8 Mill. Buchungen über zusammen 150,7 Milliarden Mark erreicht. Hiervon wurden 82,8% bargeldlos abgewickelt. Der Fernsprechverkehr wurde durch Einrichtung neuer Selbstanschlussämter und Schnellverkehrsämter gefördert. Gegen Ende des Berichtsjahres waren von 6666 Vermittlungsstellen bereits 1453 auf den selbsttätigen Betrieb umgestellt. An diese Ämter sind 50,3% aller Hauptanschlüsse herangeführt. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer hatte Ende des Berichtsjahres die dritte Million überschritten.

Die Betriebseinnahmen stellten sich im Rechnungsjahr 1929 auf 2281,9 Mill. Mark. Die Mehreinnahme gegenüber dem Vorjahr beträgt 222,7 Mill., wovon 151,5 Mill. an das Reich abgeführt und 71,3 Mill. dem Vermögen der Reichspost zugewiesen wurden.

SPD. Bei Einnahmen von 1242,2 Millionen Mark und Ausgaben von 1044,6 Millionen Mark sieht der wieder einmal mit reichlicher Verspätung veröffentlichte Ausweis des Reichsfinanzministeriums über die Einnahmen und Ausgaben im Monat Juli im ordentlichen Haushalt einen Ueberschuss von 197,6 Millionen Mark vor. Die Einnahmen betragen im Monat Juni nur 432,4 Millionen Mark. Die Steigerung im Juli erklärt sich durch besondere Zahlungstermine. Im ausserordentlichen Haushalt ergibt sich für Juli ein Ueberschuss von 40,3 Millionen Mark.

Demnach ergibt sich über die Finanzentwicklung im laufenden Rechnungsjahr von April bis einschliesslich Juli folgendes: im ordentlichen Haushalt beträgt das Defizit 27,2 Millionen Mark, das sich durch den Fehlbetrag aus den Vorjahren um 465 Millionen auf 492,2 Millionen Mark steigert. Im ausserordentlichen Haushalt liegt aus dem Vorjahr ein Defizit von 771,7 Millionen Mark vor. Für das laufende Rechnungsjahr ergibt sich jedoch eine Mehreinnahme von 487 Millionen Mark. Somit verbleibt ein Fehlbetrag von 284,7 Millionen Mark.

Der Gesamtfehlbetrag beläuft sich auf 776,9 Millionen Mark.

Der Kassenbestand wird für Ende Juli bei 1187 Millionen Mark Einnahmen und 1143 Millionen Mark Ausgaben mit 44 Millionen Mark angegeben. Die schwebende Schuld ist in der Zeit von Juni bis Juli von 1387 Millionen auf 1207,3 Millionen Mark zurückgegangen.

SPD. Der Güterverkehr hat sich bei der Deutschen Reichsbahn im August, trotz Einsetzung der Ernte- und Düngemitteltransporte, gegenüber dem Vormonat nur um 0,35% auf 128 195 Wagen arbeitstäglich gesteigert. Der Personenverkehr erreichte nicht dieselbe Höhe wie im gleichen Monat des Vorjahres. Die Einnahmen werden mit 415,498 Millionen Mark angegeben, denen Ausgaben in Höhe von 416,084 Millionen Mark gegenüberstehen. Der Gesamteinnahmeausfall bis Juli 1930 wird gegenüber dem Vorjahr mit 391 Millionen Mark angegeben. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings die starke Reservenbildung der Reichsbahn. Im übrigen zeigt sich, dass die Politik der Tarifierhöhungen, die von der Reichsbahn hemmungslos verfolgt wird, nicht die erwarteten Erfolge gebracht hat.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,30 bis 1,50, Rote und Odenwälder Blaue 1,40 bis 1,60, Gelbfleischige Kartoffeln 1,80 bis 2 Mark. Fabrikkartoffeln 6 und 9 Pfennige je Stärkeprozent (9 Pfennige Stützungspreis für Kartoffelflocken). In Berlin sehr geringe Nachfrage.

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen unverändert je Liter frei Berlin: Für A-Milch 18 Pfennige, für B-Milch 11 Pfennige, für C-Milch 13 Pfennige. Die A-Milchmenge ist für die Zeit vom 19. bis 25. September auf 100% des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt. Zur Zeit beträgt der Zuschlag für a) tiefgekühlte Milch $\frac{1}{2}$ Pfennig je Liter b) molkereimässig bearbeitete Milch $1\frac{1}{4}$ Pfennige je Liter.

Angleichung an die Provinzpreise.

(Berliner Getreidebörse vom 18. September)

SPD. Nachdem in der voraufgegangenen Nacht eine Erklärung der Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht hatte, dass in Zukunft die Stützung der Roggenpreise nicht mehr in der bisher starren, sondern fortan in einer elastischen Form erfolgen würde, war man am Donnerstag an der Berliner Produktenbörse von vornherein auf einen starken Sturz der Roggenpreise vorbereitet. Dieser trat tatsächlich in einem Ausmass von etwa 10 Mark am Markte der Zeitgeschäfte ein; denn das Angebot blieb weiter sehr gross, während die Stützungsstellen ihrem neuen Programm gemäss nur ganz geringe Mengen aufnahmen. Auch im Handel mit effektiver Ware lag weiter ein reichliches Angebot vor, sodass auch hier ähnliche Preisrückgänge zu verzeichnen waren. Im Gegensatz zum Roggen war die Tendenz für Weizen infolge des in Aussicht stehenden höheren Beimahlungszwanges fester und die Preise konnten anziehen. Auch Weizenmehl hatte etwas freundlichere Stimmung, während Roggenmehl weiter vernachlässigt blieb. Hafer hatte bei geringer Umsatztätigkeit stetige Tendenz.

	<u>17. September</u>	<u>18. September</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	233 - 235	233 - 235
Roggen	187	174 - 175
Braugerste	204 - 222	204 - 222
Futter- und Industrierogerste	180 - 195	180 - 195
Hafer	158 - 169	158 - 169
Weizenmehl	27,50-35,75	27,50-35,75
Roggenmehl	24,25-27,50	24,00-27,25
Weizenkleie	8,75- 9,00	8,75- 9,00
Roggenkleie	8,25- 8,50	8,25- 8,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 251-252½, (Vortag: 249), Oktober 251-253½ (250), Dezember 261-263 (259), März 271-272 (269), Roggen September 185-181 (Vortag: 193), Oktober 186-182 (194), Dezember 195-193 (204), März 206-203 (215). Hafer September - (168¼), Oktober 168 (169), Dezember 177 (17½).

Amtliche Eiernotierungen.

(18. September)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier, vollfrische, gestempelte über 65 gr 14, 60 gr 13½, 53 gr 12¼, 48 gr 11¼. Frische Eier über 53 gr 12; aussortierte kleine und Schmutzeier 9. Auslandseier: Dänen 18er 14, 17er 13½, 15½-16er 13, Schweden 18er 14, 17er 13½, 15½-16er 13, Holländer 60-62 gr 13½, Bulgaren 11½, Rumänen 10½-11, Ungarn und Jugoslawen 11, Polen normale 10-10½, kleine, Mittel- und Schmutzeier 8½-9. Witterung: regnerisch, Tendenz: fest.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 18. Sept.: I. 140 Mark, II. 128 Mark, III. 112 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 69

Berlin, den 18. September 1930

Asthma der Kinder.^x

SPD. Mancher Mutter ist es schon aufgefallen, dass eins oder das andere ihrer Kinder aussergewöhnlich oft erkältet ist. Trotz grösster Vorsicht (es ist ja warm angezogen) hat es wieder einen Schnupfen, und die Mutter kennt die unangenehmen Folgen, die dieser Schnupfen immer und immer wieder bei diesem Kind auslöst. Es folgt darauf ein bellender Husten, und auf diesen Husten folgen gelegentlich Anfälle von schwerer Atemnot, wie sie bei Erwachsenen, die an Asthma leiden, auftreten.

Diese Kinder gehören alle einer Gruppe an, die eine grosse Krankheitsbereitschaft der Luftwege haben (Husten, Schnupfen, Anschwellung der Lymphdrüsen). Im Kleinkindesalter treten juckende Ausschläge, Milchschorf und ähnliches auf. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um zarte, schlanke oder um kräftige, teilweise sogar dicke Kinder handelt. Gemeinsam haben sie die Zeichen gewisser Nervosität. Sie sind schnell anzuregen, interessieren sich für Dinge, die über die normale Reife ihres Alters hinausgehen, sehen blass aus, wenn sie sich langweilen, und haben eine gesunde Farbe, wenn sie eifrig und vergnügt spielen.

Die grösste Sorge macht der Mutter der gelegentlich immer wieder nach einer Erkältung auftretende Asthmaanfall. Das erste Mal steht sie ihn verzweifelt gegenüber, denn die Not des Kindes bringt sie in Todesangst. Das Schlimme ist nun, dass diese Angst sich auf das Kind überträgt. Sein Zustand verschlimmert sich dadurch, und die Anfälle häufen sich, sodass das Kind sehr herunterkommt. Daraus geht also klar hervor, dass die Umgebung des Kindes jedes äussere Zeichen der Angst auf jeden Fall vermeiden muss. Hat das Kind zunächst seinen Schnupfen stellt sich der bellende Husten ein, so gibt man die vom Arzte verordnete Medizin. Im übrigen beachtet man die Krankheit nicht so, dass es dem Kind auffällt. Man muss das Kind vielmehr wie immer spielen lassen, sogar, um es abzulenken sich recht viel mit ihm beschäftigen, indem man mit ihm gemeinsam spielt. Je mehr wir das Kind ablenken, je eher erreichen wir, dass der gefürchtete Anfall ausbleibt. Das klingt merkwürdig, ist aber eine feststehende Erfahrung. Bei Kindern, die die geschilderte Krankheitsbereitschaft haben, wird durch Ablenkung und Nichtbeachtung der Krankheit das Aufkommen des Asthma, das eine nervöse Störung ist, verhindert.

Es wäre ein grober Fehler, anzunehmen, dass so ein Kind es vielleicht in der Hand hätte, diesen Zustand bewusst herbeizuführen. Um es ganz populär auszudrücken: Wir müssen uns vorstellen, dass diese Kinder ein "zartes Nervenkostüm" haben, das zunächst zum geringeren Teil angeboren, hauptsächlich durch Erziehungsfehler der Erwachsenen erworben wurde. Das ist eine Gefahr, die wir richtig erkennen müssen, um ihr rechtzeitig steuern zu können. Denn in der Hand der Erzieher liegt es, ob sie eine reizbare Schwäche des Nervensystems sich entwickeln lassen und damit für das ganze Leben Neuro- und Psychopathen gross ziehen, oder ob sie mit der richtigen Erkenntnis hier einsetzen und mit der Arbeit an sich selbst beginnen wollen. Sie müssen vermeiden, die Kinder seelisch und körperlich zu verweichlichen. Klar müssen sie sich sein über die Gesundheitsstörungen, denen ihr Kind mehr als ein anderes ausgesetzt ist. Aber sie müssen sich beherrschen lernen und nicht immer das Kind während des Spielens usw. mit weinerlicher Stimme ermahnen, dass es sich ja vorsieht, damit es keinen Schnupfen bekommt

Noch viel schlimmer ist es, wenn ein solches Kind immer mit Halstuch, dick verpackt, herumlaufen soll. Ausserdem ist es ja auch sinnlos, denn Wolle, warme Schuhe usw. ändern auch die Krankheitsbereitschaft des Kindes nicht. Man erziehe ein solches Kind wie jedes andere gesunde, damit es nicht auf den Gedanken kommt, kränklich zu sein und weniger leistungsfähig als seine Freunde. Das beste Mittel zur Gesundung wäre, wenn die Eltern zu nervös sind, eine Entfernung aus dem Elternhaus, radikale Aenderung der Behandlung und Lebensweise. Da das in unsern Kreisen nicht möglich ist, wenigstens in den meisten Fällen nicht, so besteht bei den Eltern die Pflicht, über ihre eigenen Fehler nachzudenken und sie zu beseitigen. Denn in dem richtigen Verhalten der Eltern liegt schon ein Teil der Behandlung und Heilung des Asthma und der ihm zu Grunde liegenden Krankheitsbereitschaft. Ausserdem empfiehlt sich noch eine gewisse Diät nach Ablauf der beiden ersten Lebensjahre; der Arzt wird in solchen Fällen vorwiegend Gemüse, nur wenig Fleisch und wenig Milch, höchstens $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Liter pro Tag, verschreiben. Alle möglichen Medikamente zu verabreichen (womöglich nach Ratschlägen von Freunden und Nachbarn), ist völlig zwecklos! Frische Luft und eine den geistigen und körperlichen Entwicklungsstufen angepasste Lebensweise ist das, was so ein Kind braucht.

Es kommt vor, dass diese Kinder oft wochenlang husten, manchmal den ganzen Winter über. Das lässt sich, wenn es einmal begonnen hat, schwer unterbinden. Wird die Atmung pfeifend und angestrengt (wie eben Asthmaanfalle sind), so sind die vom Arzte verschriebenen Beruhigungsmittel zu geben. Sehr häufig veranlasse die Aerzte eine Atropin-Kur, die stets gut wirkt. Vielfach wird auch Luftwechsel empfohlen, und gerade hierdurch wird noch besonders klar die körperlich-seelische Wechselwirkung: die Kinder atmen in der anderen Luft ruhig und ungestört, nicht, weil es andere Luft ist, sondern weil sie das Gefühl haben und fest davon überzeugt sind, dass sie in dieser anderen Luft keine Beschwerden haben können! Sie verlieren mit dem festen Glauben daran die nervöse Angst vor den Anfällen und damit auch die Anfalle selbst.

Schopenhauers Mutter.^x

SPD. Zu den Menschen, deren Charakter dauernd verzerrt auf die Nachwelt kommt, gehört Johann Schopenhauer. Ihr Sohn, der berühmte Philosoph, hatte ihr eine Reihe schlechter Eigenschaften nachgesagt, hatte sich über sie lustig gemacht. Ihre literarischen Versuche galten ihm als "dilettantischer Trödel". Johanna schrieb in ihrem Testament, der Sohn hätte sich so schrecklich gegen sie benommen, dass sie es nicht wiederholen könnte. Sie sähe sich daher befugt, ihn zu enteiben. Zudem hätte er bei dem grossen Zusammenbruch ihres Vermögens (nach dem Tode ihres Gatten) seinen Anteil gerettet. Er hätte niemals weder ihr noch seiner Schwester Adelheid im geringsten geholfen, und so sollte die Tochter ihre einzige Erbin sein. Arm und krank starb Johanna Schopenhauer in Jena. Der Grossherzog Karl Friedrich von Sachsen-Weimar hatte ihr ein bescheidenes Jahrgeld ausgesetzt. Der Sohn hat sich nie mehr um Mutter und Schwester gekümmert.

Und doch war Johanna Schopenhauer eine bedeutende Frau, deren Salon in Weimar eine grosse Rolle spielte. Goethe, der ein ständiger Gast von Johannas Teestunden war, sagte, dass Weimar von diesem geselligen Wesen eine Art Kunstform erhalten würde durch die konzentrierte und konzentrierende Unterhaltung. In der That war Johanna eine Meisterin in der Kunst, bedeutende Menschen anzuziehen und einander näher zu bringen. Es gab unter den vielen berühmten Menschen, die damals in Weimar lebten, keinen, der es nicht als Ehre ansah, ihr Gast sein zu dürfen. Ebenso war niemand unter den vielen Fremden, die gelegentlich nach Weimar kamen, der nicht bei ihr eingeführt zu werden versuchte. Dabei war die Bewirtung denkbar einfach. Johanna liess jeden gewähren, führte nicht das Wort, machte sich

nicht zum Mittelpunkte des Kreises, liess vielmehr die Gesellschaft auf ihren eigenen Geist wirken. Goethe war jahrelang täglicher Gast Johannas. Aber auch dann, als er schon nicht mehr ausgehen konnte, blieb ihrem Salon die alte Anziehungskraft. Für wie grosszügig Goethe Johanna hielt, bewies er dadurch, dass er ihr die ihm eben angetraute Christiane Vulpius zuführte, über die die Weimarer Gesellschaft hochmütig die Nase rümpfte.

Johannas Bildung war weit über dem Durchschnitt der damaligen Zeit. Sie trieb Sprachen, musizierte, malte und schriftstellerte. Goethe, der selbst gern und viel zeichnete, hat sie sogar gewürdigt, mit ihm gemeinschaftlich eine Zeichnung anzufertigen. Landschaft und Raakenwerk stammen von ihm; die beiden Figuren im Vordergrund zeichnete Johanna. Auch für ihre literarischen Arbeiten hatte Goethe ein reges Interesse.

Johanna wurde damals aufgefordert, die Redaktion einer ausschliesslich für Frauen bestimmten Zeitung zu übernehmen - "in schmeichelhaften Ausdrücken", wie Johanna in ihrer Antwort schreibt. Johanna klagte darüber, dass unter den Frauen eine ganz grosse Sucht eingerissen wäre, sich durch schriftstellerische Arbeiten auszuzeichnen. Viele täten besser, die Nadel statt der Feder zu führen. Sollte sie sich zur Herausgabe einer Frauenzeitung entschliessen, so würde sie sehr streng vorgehen in der Aufnahme weiblicher Arbeiten. "Die Zeiten, wo man für Frauen wie für Kinder eigene Bücher schreiben durfte, sind längst vorüber". Die gebildeten und geistreichsten Leserinnen würden verscheucht, wenn man nur für Frauen schreiben wollte. Aber es würde nicht schwer sein, das Vorurteil gegen den Titel einer Frauenzeitung durch ihren inneren Wert zu besiegen. Sie dachte sich das Ganze als einen geistreichen Zirkel, in welchem Jeder zur Unterhaltung das Seine beiträgt, und bei dem sie die Wirtin machte und dafür sorgte, dass jeder Gast zufrieden sei. Auch Männer sollten mitarbeiten.

Von bekannten Frauen schlug sie u.a. als Mitarbeiterinnen vor: Frau von Chézy (die Textdichterin von Webers Oper "Furyanthe"), Frau von Ahlefeld (die Freundin Immermanns), Therese Huber, die Redakteurin des Cottaschen Morgenblatts in Stuttgart u.a. Auch die geschäftlichen Angelegenheiten hat Johanna Schopenhauer in ihren Vorschlägen klar und gewandt geregelt. Der Plan dieser Frauenzeitung ist nicht verwirklicht worden. Aber manche Frauenzeitung könnte aus Johanna Schopenhauers Vorschlägen auch heute noch Nutzen ziehen.

In den Literaturgeschichten wurden ihre Romane als "Entsagungsromane" bezeichnet. Goethe schrieb über "Gabriele", den bekanntesten "Fortschritt edler Gesinnung und Handelns, wodurch der Uebergang ins wahrhaft Grosse leicht, ja, notwendig wird. Nichts Phantastisches, sogar das Imaginative schliesst sich rationell ans Wirkliche. Das Problematische, ans Unwahrscheinliche grenzend, beantwortet sich selbst und ist mit grosser Kühnheit behandelt. Und so sei eine reine, freundliche Teilnahme treulich und dankbar ausgesprochen."

In diesem Sinne sollte auch Johanna Schopenhauers Andenken von der Nachwelt geehrt werden.

Anna Bloss.

Mutter und Sohn.^x

SPD. Trübsinn hatte um Frau Helv seine Schwingen geschlagen, seit dem Tage, da die heimkehrenden Fischer ihr die Botschaft gebracht hatten, ihr Sohn Gunnar sei in die Welt hinaus gegangen. Noch im Anfang des Sommers war er mit den andern Männern hinausgesegelt aufs Meer. Er hatte ihr beim Abschiede die Hand gedrückt, und seine blauen Augen hatten gelacht. "Mudding!" hatte er gesagt "ehe der Sommer zu Ende ist, kehre ich mit einem reichen Fischanteil zu dir zurück, und deine Not soll ein Ende haben." Früher als sonst waren die Fischer diesmal heimgekommen. Schon vor dem letzten Junitage strömte ihre Schar

über den schmalen Landungssteg. Sie sagten, es gäbe Sturm, ein Cyklon von besonderer Wildheit sei im Anzuge. Und in der Tat, kaum hatten die Letzten von ihnen das Land betreten und waren in die Arme ihrer wartenden Frauen gesunken, da brach auch schon das Unwetter los. "Wo ist mein Sohn Gunnar?" rief die alte, weisshaarige Frau Helv in einem fort.

Klaas Larsen gab ihr Antwort.

"Gunnar Helv, Mudding, ist mit einem dänischen Kreuzer nach Amerika gefahren".

"Und hat mir doch versprochen, wiederzukommen... Und ist wortbrüchig geworden. Und lässt mich ohne Fische allein in meiner Not!"

Die Alte rang die Hände.

"Frau Helv", sagte Klaas jetzt zu ihr, und er sprach so leise, dass keiner der Umstehenden es hören konnte, "da stimmt was nicht, Frau Helv!"

Und er erzählte ihr, wie sich Gunnar draussen auf dem Meere mit seinem Boote von ihnen entfernt habe, und wie er jedem ausgewichen sei, wenn der Abend sie auf die Schären vereinte. Einmal nur habe er, Klaas, ihn überrascht. Da hielt er ein Bild in der Hand. Und Klaas erkannte die Photographie der Amerikanerin, die im Jahre vorher als Sommergast auf der Insel gewilt hatte. "Sicherlich steckt bei dieser plötzlichen Reise nach Amerika nur diese Frau dahinter," schloss der Nachbar Klaas seinen Bericht.

Mutter Helv schlug die Hände zusammen. "Was soll denn mein Sohn mit einer Amerikanerin?" jammerte sie. "Und ausserdem hat er mir doch versprochen, ehe der Sommer zu Ende ist, mit einem reichen Fischfang zurückzukehren! Kann Gunnar Helv lügen?"

Sie schüttelte den Kopf. Ihr wollte der Gedanke an eine solche Möglichkeit nicht in ihr Gehirn.

Wochen vergingen. Wenn der Wind an die Fischerhütte pochte, dann dachte Frau Helv manchmal, ihr Sohn Gunnar sei zurückgekehrt und stehe draussen. Aber ihre Hoffnung wurde immer wieder betrogen. Der Sturm war angeschwollen zum wüthen Orkan und war wieder stillem, klarem Wetter gewichen. Die letzten Tage des August nahten heran, ohne dass eine Nachricht von dem verlorenen Sohne gekommen wäre. Das Meer rauschte seine ewige Melodie.

Es war in den ersten Septembertagen. Die Glocken hatten eben 12 Uhr geläutet. Da sahen die Männer, die gerade ihre Boote teerten, um ihren unterbrochenen Fischzug im Herbst wieder aufzunehmen, ganz draussen am Horizont eine Yacht, die den Kurs geradewegs auf die kleine Insel hielt. Sie durchschnitt weiss und schlank die Wogen und nahte sich mit grosser Schnelligkeit. Bald erkannte man den Mann am Steuer. Es war der Vermisste.

"Er ist da! Er ist da!" riefen die Männer und Frauen, und einer rannte zu Mutter Helv, um ihr die Freudenbotschaft zu überbringen. Ohne ein Wort zu erwidern, folgte sie ihm langsam an den Strand.

Gunnar stieg lächelnd ans Land. "Mudding"! rief er, "hier ist meine..."

"Wo ist dein Fischfang, den du mir versprochen hast?" unterbrach ihn Frau Helv mit strafender Stimme. "Hast du vergessen, was du mir versprochen hast?"

"Nein Mudding, noch ist der Sommer nicht ganz vorbei, und hier ist pünktlich mein Fischfang!" Damit wies er auf ein junges Mädchen mit gebräunten Wangen, das inzwischen lachend neben ihn getreten war.

"Mudding", sagte nun auch sie, und als die Alte sie erstaunt anblickte, gab sie ihr einen herzhaften Kuss auf das runzlige Gesicht. "Mein Vater hat auch als Fischhändler in Lübeck angefangen, und jetzt kehre ich mit Gunnar für immer in die Heimat meines Vaters zurück."

"Nun, wenn er einen so seltenen Fisch gefangen hat", sagte Frau Helv, "dann mag er man ruhig nach Lübeck ziehen und ihn in seinem Netz behalten! Ein paar Fische zum Leben wird mir Nachbar Klaas schon alle Tage abgeben."

"Gut, Mudding", sagte Gunnar Helv, wandte sich um und ging an den Strand zurück. Doch ehe er den Fuss an Bord setzte, fügte er noch hinzu: "Aber nur vier Wochen lang. Dann komme ich, dich zur Hochzeit holen; du ziehst in mein

Haus, und Nachbar Klaas und ihr alle hier sollt euren Lohn haben: doppelt so viel wie der Fischhändler in Kiel zahle ich euch für euren Fang!"

Damit stiegen die Beiden an Bord. Mutter Helv winkte ihnen lange nach, und eine Träne der Freude über den unerwartet guten Fischfang rann langsam über ihre faltigen Wangen.

Walter Meckauer.

Teestube vor sieben Kreuzwegen.^x

SPD. Das Kammerorchester beginnt mit Mozart oder Puccini, und die Kellnerinnen der Teestube stehen nutzlos am Rande ihrer Reviere. Sehr gelangweilt lässt der Stehgeiger die Tonreihen gegen die Leere des Raumes schluchzen. Sein einziger Zuhörer und Zuschauer bin ich, doch er weiss es nicht - ich habe einen Winkel gepachtet, der seinen Allüren ewig unerschlossen bleibt: von dort aus sehe ich sie.

Die Drehtür hat spiegelnd gewirbelt; vom Glase verzerrt wird eine Silhouette, dann ein kleiner Hut, ein Bein und noch eins sichtbar: ein Fräulein aus einem der grossen Büros. Vielleicht macht sie eine geschäftliche Besorgung, deren Dauer nicht ohne weiteres kontrollierbar ist; vielleicht hat sie Kopfschmerzen bekommen, mit weiten Augen über der Maschine gesessen und sich sagen lassen: "Also dann geh'n Sie man nach Hause, Fräulein, und kommen Sie erst wieder, wenn Sie ganz gesund sind!..." Mit "Bums" und "Klapp" hat sie Durchschlagpapier, Briefbogen und Stenogrammblock und all den Kleinkram ihres Berufes beiseite geräumt, ist gegangen, und wer weiss, das mit den Kopfschmerzen ist unter Umständen nicht einmal gelogen! Telefongebimmel, Schreibmaschinentacken, stockende Diktate mit immerwährendem: "Nein, warten Sie mal, schreiben Sie lieber so; Im Verfolg Ihres Geschätzten..."

Ebdlich wählt sie einen Eckplatz, versteckt vor den Dingen dieser anderen Welt und ihr doch wieder durch Ausblick und kurze Zugehörigkeit verbunden. Nachdem es einmal so weit ist, geschieht gar nichts mehr. Die Musik spielt, wir trinken Kaffee-

Sie trägt ein Kleid mit kurzen Ärmeln. Zaghaft berührt der Stoff die Linien der Arme; die Hand hebt hin und wieder die Kaffeetasse, und was immer sie tun mag; alles ist Frage und leise Furcht: mache ich auch keinen Fehler? Zögernd wagt sie, eine Zigarette zu nehmen, das Streichholz zu heben, mit Bedacht an dem weissen Etwas aus Papier und Aroma zu rauchen - man möchte auf der Stelle mit ihr eine jener sentimentalen Liebschaften anfangen, die abends in Parks und Sonntags auf Tanzböden enden, banal und unvergesslich in ihren Augenblicken ganzen Glücks. Vielleicht ist die Geradlinigkeit des kleinen Fräuleins um eine Idee zu charmant; wahrscheinlich aber scheut man auch die Mühe...

Rundum läuft ein unsichtbarer Film ihres Daseins mit farbigen Schatten vor den Profilen der nun eingetroffenen Kaffeetrinker: Gedeck mit und ohne Likör, Spielzeuge unterm Christbaum verzauberten die Kindheit im unermüdlich sauberen Hause; der Vater bleibt unbestritten Autorität, Feldmarschall des Haushaltsgeldes und der Schulzensuren. Weihnacht, Sylvester, Ostern und Pfingsten: das sind Feste, zu denen man sich "etwas erlaubt" und neue Kleider anzieht - und jede Jahreszeit hat ausserdem ihr Vergnügen! Im Sommer besucht sie ein Gartenrestaurant, und jeder freut sich, wenn man - "weist Du noch?" - inmitten unzähliger gleicher Familien denselben wackligen Tisch wie im Vorjahr erwischt; Märsche und Händeklatschen donnern abwechselnd unter Kastanienduft - im Winter zieht man geschlossen auf den Ball der Beamtenvereinigung oder eines anderen Verbandes, an den Vater seine Beiträge seit dreiundzwanzig Jahren abführt - und während des übrigen Jahres erinnert man sich gewissenhaft aller im Bekanntenkreise vorkommenden Geburtstage.

Diese Art zu leben, ein wenig lächerlich wohl und in aller Eintönigkeit auch wieder bunt und abenteuerlich, wenn man an Konfirmationen, Kindtaufen, Hochzeiten, Sterbegelege und Jubiläen denkt - das Leben des mittleren Menschen in aller Welt -, ist an das kleine Mädchen herangewachsen seit ihrem ersten Lachen und Purzelschritt. Wird sie, jüngste Generation, so weiterleben? Liegt auch bei ihr die Zufriedenheit des Billigen und Gerechten? Sie hat die Geste der Jugend; noch gibt es irgendwo in den Winkeln des Herzens eine unerahnte Membrane, die vom Leben mit Wünschen nach Glanz und Tanz zuweilen stark und fern erschüttert wird.

Im Unterbewusstsein symbolisiert sich alles unklar Ersehnte seit einiger Zeit als eine entzückend in den täglichen Weg des Alltags hineinverlegte Teestube. Ein paar Takte Musik, verllorener Duft guten Kaffees und ein Hauch einiger parfümierter Frauen - diese eigentümliche Mischung des Lebensgenusses reizt, seitdem sie auf ihrem täglichen Gang ins Büro diesen Dunstkreis seiner Versuchungen passieren muss.

Da sitzt sie nun und raucht, über sich selbst erstaunt, eine Zigarette. Es ist sehr schön und ein wenig aufregend, hier zu sitzen; denn wie leicht könnte ihr Chef auf die Idee kommen, heute einmal hierher zu gehen!

Sie hat die Geste der Jugend. Noch gibt es sieben Kreuzwege zu passieren: Reichtum, Armut, Lust, Qual, Pflicht, Leichtsinn und Verzicht. Niemand weiss, welchen sie morgen wählen wird.

Walter Anatole Persich.

SPD. Kochen in vorgeschichtlicher Zeit.^x Der Herd war in vorgeschichtlicher Zeit eine rings mit Steinen umgebene Stelle im Boden oder eine Erdgrube in einer möglichst gegen den Wind geschützten Ecke. Später wurde er dann höher angelegt und mit einem Aufbau von Lehm und Ziegeln umgeben, doch blieb immer ein tieferes Loch in der Mitte, in dem die Asche weiterglimmen konnte. In Topfscherben, die man an solchen alten Herdstellen fand, hat man noch Reste gekochter breiartiger Speisen vorgefunden. Das Mehl wurde durch schildförmige Steinplatten oder grosse Steine aus den Körnern herausgequetscht. In den Frauengräbern aus der jüngeren Steinzeit hat man mehrfach solche Mahlsteine als Totengabe gefunden. Daraus geht hervor, dass die Mehlbereitung schon damals den Frauen übertragen war. Das Brot soll in der Pfahlbauzeit aus flachen runden Scheiben bestanden haben, die ungefähr einen Zoll dick waren und 4 bis 5 Zoll im Durchmesser hatten. In Deutschland hat man solche Brotreste in den Pfahlbauten in Wismar in Mecklenburg gefunden, auch in der Schweiz an verschiedenen Stellen.

SPD. Der blutige Nil.^x Die Biblische Erzählung vom Auszuge der Kinder aus Aegypten und von den über Aegypten verhängten zehn Plagen berichtet auch das "Wunder", das Moses und Aaron auf Gottes Gebot mit dem Stabe in das Wasser schlugen und das Wasser sich daraufhin in Blut verwandelte. Davon starben die Fische, und der Strom ward stinkend. - Dieses angebliche Wunder findet eine sehr natürliche Erklärung. Im Wasser des Nil tritt von Zeit zu Zeit eine kleine rote Alge auf, die das Wasser des Flusses ganz rot färbt und es auch wohl für Fische ungeniessbar macht. Dieser noch heute sich wiederholende Vorgang musste naturgemäss jener alten Zeit als unheimlich und als Wunder erscheinen.
